

Protokoll

der 7. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 13. März 2024, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	<i>Claudio Miozzari, Grossratspräsident</i>
Protokoll:	<i>Beat Flury, I. Ratssekretär Sabine Canton, II. Ratssekretärin Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung</i>
Abwesende:	Jérôme Thiriet (GAB), David Jenny (FDP), Bruno Lötscher (die Mitte/EVP), Alexandra Dill (SP), Brigitte Gysin (GLP), Anouk Feurer (GAB).

Verhandlungsgegenstände:

23.	Anzug 3 Salome Bessenich und Konsorten betreffend Nutzung des Horburg-Parkings als Quartierparking	
24.	Anzug 4 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Kultur für alle - Swisslos-Fonds Unterstützung auch bei kulturellen Veranstaltungen mit Kollekte.....	3
25.	Anzug Edibe Gölgeleli und Konsorten betreffend bessere Durchmischung der Schulklassen für mehr Chancengerechtigkeit, Schreiben des RR.....	3
26.	Anzug Annemarie Pfeifer und Konsorten betreffend Evaluation und Beruhigung der integrativen Schule, Schreiben des RR.....	6
27.	Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend mehr männliche Betreuungs- und Lehrpersonen in Basler Kitas, Tagesstrukturen, Kindergärten und Primarschulen, Schreiben des RR	8
28.	Anzug Michelle Lachenmeier und Konsorten betreffend Pavillon für die Bildungslandschaft Bläsiversum, Schreiben des RR.....	9
29.	Interpellation Nr. 164 Tonja Zürcher betreffend Wissenschaftsfreiheit in Gefahr, Schriftliche Beantwortung	9
30.	Interpellation Nr. 14 Sasha Mazzotti betreffend Klassenzahlen auf dem Campus Bäumlilhof, Drei Linden, Hirzbrunnen, Schriftliche Beantwortung	10
31.	Bericht zu den Anpassungen und weiteren Entwicklungen im Bau und Gastgewerbeinspektorat, Bericht des RR.....	11
31.1.	Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend kundenfreundliche Öffnungszeiten beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat, Bericht des RR	16
32.	Anzug Karin Sartorius und Konsorten betreffend Veloverbindung Friedrich-Miescher-Strasse - Burgfelderstrasse, Schreiben des RR	17
33.	Anzug Lydia Isler-Christ und Konsorten betreffend «temporäre Genussorte» in der Freien Strasse, Schreiben des RR.....	19
34.	Motion Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Velopasserelle vom Gundeli über die Bahngleise zum Elsässertor, Stellungnahme des RR.....	21
35.	Interpellation Nr. 162 Daniel Albietz betreffend Ausbauschnitt Entwicklungsprogramm Nationalstrassennetz, Schriftliche Beantwortung	22
36.	Interpellation Nr. 4 Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend alarmierenden Situation im Betrieb des Kasernen-Hauptbaus, Schriftliche Beantwortung.....	22
37.	Interpellation Nr. 12 Heidi Mück betreffend Museumsnacht für alle, Schriftliche Beantwortung.....	23
38.	Interpellation Nr. 13 Fina Girard betreffend Kindertankstelle Dreirosenmatte, Schriftliche Beantwortung .	23
39.	Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend automatisch ausgefüllte Steuererklärung, Stellungnahme des RR.....	24
40.	Interpellation Nr. 11 Tonja Zürcher betreffend Flughafenausbau verhindert Klimagerechtigkeit, Schriftliche Beantwortung.....	27
41.	Interpellation Nr. 3 Eric Weber betreffend Sicherheit bei Parlaments-Sitzungen, Schriftliche Beantwortung	27

Beginn der 7. Sitzung

Mittwoch, 13. März 2024, 09:00 Uhr

23. Anzug 3 Salome Bessenich und Konsorten betreffend Nutzung des Horburg-Parkings als Quartierparking

[13.03.24 09:00:15, 24.5032.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen folgende Mitteilungen zu machen:

Rücktritt Thomas Gander

Thomas Gander hat auf den 30. April seinen Rücktritt aus dem Grossen Rat erklärt. Wir werden ihn an seiner letzten Sitzung vom 17. April gebührend verabschieden.

Weiterbildungsworkshop der ILK

Am 19. April findet ein Weiterbildungsworkshop der ILK zum Thema «Parlamentarische Aufsicht von kantonalen Energieversorgungsunternehmen» in Zürich statt. Es liegen einige Anmeldeformulare auf dem Tisch des Hauses und falls Sie Fragen zum Anlass haben, gibt Ihnen Joël Thüring, unser Delegierter bei der ILK, gerne Auskunft.

Besuch auf der Tribüne

Ich begrüsse ganz herzlich eine 1. Klasse des Gymnasiums Oberwil mit Lehrer Tobias Senn. Die Klasse besucht uns im Rahmen der Basler Geschichtstage und hat vorhin eine Rathaus-Führung zu Hitzköpfe, Fackeln, kalte Füsse mitgemacht. Schön, dass ihr hier seid. Wir freuen uns über euren Besuch und wünschen euch spannende Einblicke.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Er wird bestritten von Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Ich ersuche Sie, den Anzug nicht zu überweisen. Natürlich kann das Parkhaus vermutlich aufgrund der Inventarisierung nicht abgebrochen werden und man muss sich fragen, was man damit macht. Es macht aus Gründen der grauen Energie vermutlich auch keinen Sinn, es abzureissen. Sicher wären auch andere Nutzungen im Parkhaus möglich oder zusätzliche neben dem Parkieren. Sollte aber einer Umnutzung als Quartierparking zugestimmt werden, dann wären im Umkreis von 500 Metern 60 Prozent der Parkplätze aufzuheben, welche im Parkhaus für das Quartierparking entstehen würden und das in einem Quartier, in welchem bereits heute ein sehr grosser Parkierungsdruck besteht. Ich denke dabei vor allem an die dortigen Familien, Frauen, Kinder, ältere Menschen, die gerade in diesem Quartier nicht einen langen Heimweg in der Nacht möchten. Ich könnte mir vorstellen, dass die Zahlen von Gewaltdelikten, aber auf Sexualdelikten dann einfach wieder in die Höhe gehen würden.

Ich kann einer Streichung von öffentlichen Parkplätzen in diesem Quartier nicht zustimmen und bin aus diesem Grund gegen die Überweisung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit hat die Anzugsstellerin Salome Bessenich das Wort.

Salome Bessenich (SP): Ich kann mich kurz halten. Ich freue mich sehr über die breite Unterstützung für diesen Vorstoss. Es geht, wie gesagt, darum, diese Infrastruktur des Horburg-Parkings, das schon heute offensichtlich unternutzt ist und gleichzeitig langfristig stehen bleiben wird, dass man diese besser nutzt. Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch festhalten, dass ich persönlich auch einer anderen sinnvollen Nutzung nichts entgegenzusetzen habe. Ich beziehe mich da auf die mediale Berichterstattung zu den Projekten von FHNW-Studierenden, die das Parkhaus zu einem Schulhaus umnutzen wollten. Dies stiess insbesondere bei den Quartierorganisationen auch auf Anklang.

Zur Frage der SVP. Wenn Sie den Vorstoss lesen, dann merken Sie, dass zu diesem Thema im Vorstoss nichts festgehalten wird und selbst bei einer Kompensation wären ja immer noch 40 Prozent mehr Parkplätze im Quartier vorhanden als jetzt. Aber wie gesagt, dazu steht nichts im Vorstoss. Es geht eben um diese Infrastruktur, die bereits da ist und die im Sinne des Quartiers aktiviert werden soll und dass die Regierung bei einer Überweisung des Anzugs dies gesamthaft prüfen und dazu berichten soll.

Ich freue mich, wenn Sie dies ermöglichen und danke für die Unterstützung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung des Anzugs, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 7 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003048, 13.03.24 09:06:06]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 79 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

24. Anzug 4 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Kultur für alle - Swisslos-Fonds Unterstützung auch bei kulturellen Veranstaltungen mit Kollekte

[13.03.24 09:06:12, 24.5040.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

25. Anzug Edibe Gögeli und Konsorten betreffend bessere Durchmischung der Schulklassen für mehr Chancengerechtigkeit, Schreiben des RR

[13.03.24 09:06:45, 21.5425.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Regierungsrätin Esther Keller verzichtet in Vertretung des Erziehungsdirektors Conradin Cramer auf ein Votum. Wir kommen zu den Fraktionssprechenden und da hat sich Jessica Brandenburger eingetragen.

Jessica Brandenburger (SP): Das GAB und die SP möchten, dass der Anzug stehen bleibt. Es macht uns ein wenig den Anschein, dass die Verantwortung für die Durchmischung auf die einzelnen dezentralen Schulleitungen abgeschoben wird. Dabei sollte auch diese Frage über die Schulkreise hinaus genau gedacht werden. Mit der Beantwortung der Fragestellung

sind wir auch nicht ganz zufrieden. Es wird beispielsweise nicht erklärt, wieso der Regierungsrat findet, dass das Computerprogramm des Zentrums für Demokratie in Aarau zum aktuellen Zeitpunkt keinen Mehrwert bringt. Was genau sind die Gründe, wieso Sie finden, dass es keinen Mehrwert bringt? Warum sind Sie auf diese Entscheidung gekommen? Das steht halt nicht im Bericht und ich finde, wenn man so etwas ablehnt, dann muss man doch das auch begründen.

Dann überzeugt mich auch die Möglichkeit nicht, dass mit einer neuen Zusammensetzung der Klassen nach der 3. Primar ungute Konstellationen oder Dynamiken, das ist aus dem Bericht, das sind nicht meine Worte, dass dem entgegengewirkt werden kann. Das heisst, man lässt die Schulkinder drei Jahre lang zusammen in einer Klasse, wo zum Beispiel eine Stigmatisierung beginnen kann, und dann, wenn die Motivation gesunken ist nach drei Jahren, das ist eine sehr lange Zeit für Kinder und die Verhaltensweisen, die daraus resultieren, die sind dann schon erprobt, dann gibt es eine neue Zusammensetzung und dann muss man wieder lernen, in einem neuen Umfeld zu lernen. Das macht für mich keinen Sinn so.

Wir bitten den Regierungsrat deshalb, sich der Thematik nochmals anzunehmen und plädieren darum für Stehenlassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Zwischenfrage wird abgelehnt. Nächste Fraktionssprecherin für die LDP ist Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Ich ersuche Sie, den Anzug abzuschreiben. Der Regierungsrat nimmt, finde ich, sehr ausführlich Stellung zu diesem Anzug. Er hat das computergestützte Hilfstool des Zentrums für Demokratie Aarau geprüft und sieht derzeit keinen Nutzen für die Volksschule.

Die Volksschulen wenden bereits verschiedene Massnahmen an, um sicherzustellen, dass Ungleichheiten in der Bildungslaufbahn der Kinder nicht verstärkt werden. Dazu gehört unter anderem die gezielte Durchmischung der Klassen bei ihrer Zusammensetzung, also das passiert auch nach der 3. Primarstufe, das nehmen ja die Schulleitungen vor, die die Kinder auch kennen. Dabei wird darauf geachtet, dass sowohl die soziale Herkunft als auch die Geschlechterverteilung ausgeglichen berücksichtigt werden. Auch wird darauf geachtet, dass keine homogenen Sprachgruppen entstehen. Dabei spielt die Erstsprache eine wichtige Rolle. Kinder mit einer anderen Erstsprache als Deutsch werden gleichmässig auf die Klassen verteilt.

Eine weitere Massnahme ist die frühe Vermittlung der deutschen Sprache. In den Spielgruppen und Kitas ist die frühe Deutschförderung für Kinder ohne oder mit geringen Deutschkenntnissen obligatorisch. Diese Frühförderung soll ja weiter ausgebaut werden, das haben wir hier im Grossen Rat im Dezember beschlossen. Die frühe Förderung ist ein wichtiger Beitrag für die schulische Integration sowohl sprachlich wie auch sozial.

Eine entscheidende Rolle für das Herstellen von Chancengleichheit spielt die Arbeit der Lehrpersonen. Sie sind es, die die Potenziale der Kinder entdecken und fördern, auch wenn die Kinder aus sozial benachteiligten Verhältnissen stammen oder einen Migrationshintergrund haben. Damit leisten die Lehrpersonen einen ersten Beitrag zu mehr Chancengleichheit. Auch die FHNW bietet zu diesem Thema verschiedene Weiterbildungsangebote an. Neben dieser Förderung bietet die Volksschule auf allen Stufen individuelle Massnahmen, um die Schülerinnen und Schüler wirkungsvoll zu unterstützen.

Aufgrund dessen sind wir der Meinung, dass in der Volksschule viel für mehr Chancengerechtigkeit unternommen wird und das genannte Hilfstool eher Unruhe bringt. Wir betrachten den Anzug als erfüllt. Die LDP-Fraktion beantragt Ihnen, den Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die SVP ist Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Die SVP-Fraktion wird den Anzug von Edibe Gölgele abschreiben. Wir waren bereits gegen eine Erstüberweisung des Anzuges. Die Forderung, quartierübergreifende Schulzuweisungen zu machen, widerspricht dem Grundgedanken, dass die Schülerinnen und Schüler in das nächstmögliche Schulhaus zugewiesen werden sollen, damit kurze Schulwege garantiert sind. Auch sollten ja die Schulkinder mit ihnen bereits bekannten Kinder zusammen in die Schule gehen können, dies, um den Schuleinstieg zu vereinfachen. Dazu kommen die Einteilungen zu den Tagesstrukturen. Auch hier müssen die Wege, die zurückgelegt werden müssen, kurz gehalten werden. Auch ist ein vertiefter Austausch zwischen Tagesstrukturen und Schulen Pflicht. Dies würde durch eine Durchmischung torpediert. Die Tagesstrukturen müssten sich ansonsten mit zu vielen verschiedenen Players austauschen, was wiederum viel Zeit in Anspruch nehmen würde.

Was uns jedoch sehr irritiert hat, ist die Aussage, auf die nicht weiter eingegangen wurde, des Erziehungsdepartementes, dass Lehrpersonen eine stereotypische Erwartungshaltung gewisser Schülergruppen gegenüber haben. Dies ist doch sehr erschreckend und das ED sollte in dem Fall dringend ihr Augenmerk darauf richten, dass Lehrpersonen solche Einstellungen abzulegen haben und solche Haltungen nicht geduldet werden können. Negative Erwartungshaltungen gegenüber

Schülerinnen und Schülern haben Einfluss auf deren Motivation und in der Konsequenz wieder auf ihre Lern- und Leistungs- und Bildungsqualität.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die GLP ist Sandra Bothe-Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Es herrscht sicher Konsens darüber, dass jedes Kind das Recht auf ausgezeichnete Bildung hat und darauf sein Potenzial zu entfalten. Die Frage also, die sich die GLP stellte, ist, ob sich die Bildungslaufbahn eines Kindes auf den Herkunftseffekt konzentrieren sollte. Dabei wird nämlich übersehen, das wurde jetzt bereits beschrieben, dass die Schule selbst, der Unterricht und die Lehr- und Fachkräfte einen erheblichen kompensatorischen Einfluss auf die Schulleistungen der Kinder haben. Die Forschung unterstreicht zudem die Notwendigkeit, stereotype Erwartungen und ihre Effekte kritisch zu betrachten.

Die Grünliberalen sind zum Schluss gekommen, der Empfehlung der Regierung zu folgen und den Vorstoss abzuschreiben. Die Lösung liegt für uns nicht im Einsatz von Technologie, die die Herkunftseffekte in den Mittelpunkt rücken und nichts zur Minderung der Bildungsungleichheit beiträgt. Für uns liegt der Schlüssel in der Praxis und der pädagogischen Grundhaltung. Denn wenn wir den Zusammenhang zwischen Herkunft und Bildungserfolg überbetonen, verstärken wir ihn ungewollt und erreichen genau das Gegenteil. Statt Herkunft zu überwinden, lassen wir zu, dass sie die Bildungskarriere der Kinder bestimmt, anstatt ihre individuellen Leistungen in den Vordergrund zu stellen. Dabei sollte jedes Kind unabhängig von seiner Herkunft als Schüler oder Schülerin betrachtet werden, mit seinen Fähigkeiten, seinen Möglichkeiten und seinem individuellen Potenzial und es sollte die Unterstützung erhalten, die es benötigt.

Ein weiterer nicht unwichtiger Aspekt ist die Tatsache, dass Eltern schulpflichtiger Kinder sich bemühen, bestimmten Quartiere zu entfliehen, sobald es die sozioökonomische Möglichkeit zulassen. Der Einsatz eines Computer-Tools würde diese Bemühungen teilweise unterwandern, was zu einer Zunahme von Rekursen bei der Volksschulleitung führen wird. Dieser Effekt konnte schon einmal beobachtet werden, als Einzugsgebiete verändert wurden. Der langfristige Fokus sollte auch dringend bei der Stadtentwicklung liegen. Sie soll die soziale Durchmischung mit einer gezielten Wohnbaupolitik direkt in den Quartieren zum Ziel haben.

Die GLP ist der Ansicht, dass der Schlüssel zur Überwindung der Bildungsungleichheit in einer ganzheitlichen Betrachtung liegt, die über die Einführung neuer Computer-Tools hinausgeht. Chancengleichheit schaffen wir, indem wir die Grundursachen der Ungleichheit angehen, das heisst, dass wir gemeinsam dafür sorgen müssen, dass jedes Kind die Möglichkeit erhält, sich gemäss seinem Potenzial zu entwickeln, unabhängig von seiner Herkunft.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber. Ich möchte an dieser Stelle zuhänden des Protokolls festhalten, dass ich Eric Weber heute Morgen in einem Gespräch einen zweiten Ordnungsruf erteilt habe für beleidigendes Verhalten während der letzten Sitzung.

Eric Weber (Fraktionslos): Als Grossrat und Präsident der Liste Ausländerstopp bin ich eine Ein-Thema-Partei und als Ein-Thema-Partei muss ich natürlich noch zu diesem Thema Durchmischung sprechen. Auch schon das Wort Durchmischung, ich will jetzt nicht sagen, von wo das herkommt. Ich darf auch keinen Ordnungsruf mehr bekommen, darum fasse ich mich auch ganz kurz und knapp und lasse viele Sachen weg, die ich gerne gesagt hätte.

In freier Rede, wie immer gekonnt und mit guter Laune, möchte ich zu meinen Vorrednern Stellung nehmen. Die erste Sprecherin, Jessica Brandenburger, hat gesagt, sie ist nicht zufrieden, was da die Regierung sagt. Jessica Brandenburger, ich sage Ihnen, ich bin zufrieden, was die Regierung sagt und ich bin glücklich als Grossrat und zufrieden mit der Regierung. Ich möchte Ihnen nur zur Erinnerung geben, ich lese seit 50 Jahren die Basler Zeitung und was die Basler Zeitung zu diesem Anzug geschrieben hat. Ich zitiere aus der Basler Zeitung: Selbst SP-Leute und Grüne ziehen von Kleinbasel nach Baselland. Das sind Tatsachen, weil sie wollen, dass die Schüler, woanders in die Schule gehen. Jessica Brandenburger hat von Stigmatisierung gesprochen. Das stimmt nicht, ich stelle das in Absprache.

Und jetzt wird es spannend. Ich habe zugehört, was die GLP gesagt hat. Die GLP ist für Abschreiben des Anzuges. Und weil die GLP jetzt mit den Bürgerlichen stimmt, bin ich das Zünglein an der Waage und ich möchte, dass es einen Stichentscheid gibt. Darum stimme ich heute ausnahmsweise mit der SP und den Grünen, weil ich das Zünglein an der Waage sein möchte.

Jenny Schweizer aus Riehen hat richtig gesagt, für unsere kleinen Kinder ist der kurze Schulweg wichtig. Das ist richtig. Ich bin auch zu Fuss in die Primarschule gegangen und es ist wichtig, dass man kurze Schulwege hat. Man kann nicht ein Kind vom Kleinbasel ins Grossbasel schicken. Dann muss es über eine Brücke und hat vielleicht Angst auf dieser Brücke, dass es in den Rhein fällt. Darum muss man kurze Schulwege haben und nicht lange. Das ist wichtig. Wenn man selbst mehrere

Kinder hat wie ich, dann weiss man, dass man die Kinder in der 1. Klasse in die Schule begleiten muss, weil sie einfach Angst haben.

Sandra Bothe-Wenk, ich bin Ihnen dankbar, dass die GLP mit den Bürgerlichen stimmt, aber Sandra Bothe-Wenk, Sie haben auch das Wort Bildungslaufbahn gesagt. Ich habe mich zum Thema Bildungslaufbahn kundig gemacht, da ist es leider so, dass die Eltern gebildet sind und ein bisschen Geld haben und die Kinder eher auf dem Gymnasium sind. Das ist statistisch bewiesen und es ist auch statistisch bewiesen, dass ausländische Kinder halt nicht so oft auf dem Gymnasium sind, weil die Eltern vielleicht nicht so viel Geld haben. Aber es gibt natürlich auch Ausnahmen. Es gibt auch ausländische Kinder, die auf das Gymnasium gehen können, auch wenn die Eltern arm sind. Aber das entspricht nicht der Statistik. Und ich bin Ihnen, Sandra Bothe-Wenk, dankbar, dass Sie das gesagt haben, dass gewisse Leute das Quartier verlassen, wenn sie das Geld haben. Aber ich verlasse mein Quartier nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich darf, wie gesagt, kurz für Conradin Cramer sprechen, der an der Gesamtkonferenz der Schulkonferenz heute ist und mich gebeten hat, je nachdem nochmals kurz etwas aufzugreifen. Ich möchte jetzt nicht auf die ganzen Massnahmen auch nochmals hinweisen, Catherine Alioth hat diese oder einige davon genannt. Ich glaube, wichtig ist mir einfach nochmals zu sagen, es geht nicht nur darum, die Schülerinnen und Schüler innerhalb der Schulen zu verteilen, sondern in einem ersten Schritt geschieht die Zuteilung über die Volksschulleitung, welche die Schülerinnen und Schüler auf die Standorte zuteilt, und da spielen eben sprachliche und soziale Herkunft eine Rolle. Und dann erst in einem zweiten Schritt erfolgt die Zuteilung durch die Schulleitungen auf die Klassen und auch da wird darauf geachtet, dass es eben ausgewogene und durchmischte Klassen sind. Damit denken wir, dass die hohe Durchmischung gewährleistet ist und das Tool eben keinen Mehrwert bringt.

Deshalb bittet Sie der Regierungsrat, diesen Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen

Ergebnis der Abstimmung

47 Ja, 45 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003051, 13.03.24 09:23:53]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben. Der Anzug ist erledigt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 47 Ja-Stimmen gegen 45 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

26. Anzug Annemarie Pfeifer und Consorten betreffend Evaluation und Beruhigung der integrativen Schule, Schreiben des RR

[13.03.24 09:24:04, 17.5077.05]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein erstes Votum. Damit kommen wir zu den Fraktionsprechenden. Für das GAB hat sich Béla Bartha eingetragen.

Béla Bartha (GAB): Wie Sie wissen, stehen wir beim Thema der Weiterentwicklung und Förderung der integrativen Schule mitten in der Diskussion und diese ist ja mitnichten abgeschlossen und der Grosse Rat hat dazu auch noch keine Entscheidungen getroffen. Mit der Empfehlung, den Anzug abzuschreiben, suggeriert die Regierung in ihrer Antwort auf diesen Anzug, dass der Grosse Rat die von der Regierung vorgeschlagenen Massnahmen schon akzeptiert und abgesegnet hat. Hier befinden wir uns aber nach wie vor in einem Findungsprozess.

Aber ich möchte auf einen anderen Punkt zu sprechen kommen. Im Anzug wird eigentlich gefordert, dass die bisherigen Massnahmen in der integrativen Schule evaluiert werden, das heisst, die Grundlagen dazu erarbeitet werden, um danach entsprechende Massnahmen zu treffen. In der darauffolgenden Antwort der Regierung werden dann aber nur die Massnahmen, die getroffen werden sollen, aufgezählt. Aber wir tappen weiterhin im Dunkeln aufgrund von welchen Grundlagen und ich spreche hier wirklich von begleitenden statistischen Zahlen, die dann erläutert werden, und als Entscheidungsbasis für die zu treffenden Massnahmen dienen. Haben wir nun mehr Schüler*innen im Übergang von einer Stufe in die andere, die das besser schaffen, oder haben wir weniger Lehrer*innen, die in einem Burnout landen? Vergebens sucht man nach bestimmenden quantifizierbaren Erfolgsfaktoren in den Antworten. Natürlich ist es schliesslich immer ein Mix aus qualitativen und quantitativen Aussagen, aber diese Form der Analyse benötigen wir als Entscheidungsgrundlage in den für uns erarbeiteten Vorlagen und diese sollten wir uns nicht irgendwo zusammensuchen müssen, da ich sehr wohl davon ausgehe, dass einige dieser Zahlen sehr wohl vorhanden sind.

Die Anzugsstellerin bezieht sich auf die Evaluation von 2014. Ich habe mir diese noch einmal angeschaut. Gegen Schluss des Dokuments steht unter dem Kapitel Fazit und Entwicklungshinweise folgender Entwicklungshinweis an das ED. Ich zitiere: «Das ED sollte die eingeschlagene Richtung konsequent weiterverfolgen. Weder an der Grundkonfiguration der integrativen Schulung noch an den Ressourcen sollte etwas ändern.» Das tönt nach zehn Jahre später fast wie ein Hohn und riecht etwas nach Studienresultat auf Bestellung. Denn auch wenn wir sicher an dem Grundsatz der integrativen Schule festhalten wollen, so stehen wir genau in diesen beiden Punkten der Grundkonfiguration und der zur Verfügung stehenden Ressourcen wohl heute an einem etwas anderen Punkt. Kurzum, Evaluation benötigt es und diese werden uns auch im Ratschlag, der uns vorliegt, versprochen, aber diese sind leider noch kein Garant dafür, dass aus den Informationen, die meist in qualitativer Form vorliegen, die richtigen Schlüsse gezogen werden.

Als Fazit kann ich sagen, dass ich beim heutigen offiziellen Wissens- und Entwicklungsstand die Forderung nach einer Studie zu den Erfolgen und Misserfolg der bisherigen integrativen Schule in Basel-Stadt genau gleich wieder stellen würde. Deshalb die Bitte um Stehenlassen des Anzugs.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Sasha Mazzotti.

Sasha Mazzotti (SP): Danke Béla Bartha für Ihre Worte, wir kommen zu einer anderen Schlussfolgerung. Ich möchte hier auf eine kleine Zeitreise eingehen. An einem meiner ersten Grossratssitzung als frisch gewählte Parlamentarierin wurde dieser Anzug damals 2017 überwiesen. Er machte damals Sinn und tut es auch heute noch. Ich muss das allerdings etwas relativieren. Jetzt, nebst den Massnahmen zur integrativen Schule, die wir gerade in der BKK diskutieren, macht es natürlich keinen Sinn mehr.

Im Bericht 2018, in dem gleichzeitig mehrere Vorstösse zur integrativen Schule behandelt wurden, wird eine Befragung der KSBS zitiert. Aus den Rückmeldungen von 372 Lehrpersonen und Fachpersonen sowie zehn Schulleitungen zieht die KSBS folgendes Fazit: «Eine sehr grosse Mehrheit spricht sich für eine Wiedereinführung der EK aus. Diese wird als grösste Chance zur Entlastung der Schuleingangsstufe wahrgenommen. Ebenfalls als Verbesserung wird ein vermehrtes Team-Teaching, Lerngruppengrössen in der Primarschule von maximal 20 Kinder und weniger Bezugspersonen pro Klasse sowie genügend Raum gesehen.» Das war 2018, also vor sechs Jahren. Es folgten noch andere Motionen, die auch nicht umgesetzt wurden. Das ED schrieb aber selber, am wirkungsvollsten wäre aus Sicht des Erziehungsdepartements eine vermehrte Doppelbesetzung der Lehrpersonen in der 1. Klasse der Primarschule. Es geht noch weiter.

Und den Bericht nochmals zu lesen, gerade jetzt während unserer derzeitigen Beratung in der BKK zu den Massnahmen zur integrativen Schule, ist gar nicht so uninteressant. Aber warum diskutieren wir denn eigentlich jetzt diese Massnahmen in der Kommission? Weil es eine Initiative zu den Förderklassen gibt und warum gibt es diese Initiative? Eine Hypothese. Eine Evaluation zur integrativen Schule war 2016 mit dem Resultat, dass es mehr Instrumente und Massnahmen für lernschwache und verhaltensauffällige Kinder braucht. Es gab 2018 eine Petition vom VPOD, auch ein Hilferuf, der hiess: Gute Arbeitsbedingungen für gute Bildung. Reagiert wurde, um es wohlwollend auszudrücken zögerlich. Durch die Zweitüberweisung der Motion Wenk damals zur Einführung der EK vom Grossrat 2019 wurde eine weitere Massnahme aufgegleist, mit wenig Wirkung trotz der Empfehlung des KSBS und FSS. Es musste noch eine weitere Motion von Andreas Zappalà zum selben Thema geben.

2017 forderte Annemarie Pfeiffer vorausschauend und nicht, um irgendjemandem zu Leide zu leben, eine Evaluation. Ich zitiere: «Der Regierungsrat soll mit einer zweiten Studie insbesondere aufzeigen, welche Erfolge oder Misserfolge die integrative Schule in Bezug auf die Förderung von schwachen Schülern oder auch bei hochbegabten vorweisen. Auch soll sie untersuchen, wie der Schulerfolg der ganz «normalen» Kinder verläuft. Weiter soll festgestellt werden, welche Folgen der erhöhte Stress auf das Wohlergehen der Lehrpersonen hat. Darauf aufbauend soll er dem Grossen Rat berichten, wie er die integrative Schule weiter verbessern will, natürlich zum Wohle der Kinder.» Das war 2017. Im Januar 2022 habe ich mich für Stehenlassen eingesetzt, da der Anzug mitnichten als erledigt betrachtet werden konnte.

Es braucht einiges, um das Gelingen der integrativen Schule zu gewährleisten. Das ED hat bis jetzt die Lehrpersonen und ihre Sozialpartner wenig miteinbezogen oder beachtet oder warum denken Sie, dass die FSS beschlossen hat, dass die Förderklassen-Initiative zu unterstützen ist? Mein erneut kritisches Votum heute ist ein Appell an Conradin Cramer, an das ED, die Sache nicht ernst zu nehmen, ernst zu nehmen und nicht alles auszusetzen Ups, die letzten beiden Abschnitte waren von meinem Votum 2022. Hätten Sie es bemerkt? Kaum. Es hat sich tatsächlich wenig getan in der integrativen Schule und das liegt einzig daran, dass es eine Initiative gibt und geben musste, damit sich endlich etwas bewegt. Die Motion Roth zum Beispiel müsste seit einem Jahr umgesetzt werden.

Am Gegenvorschlag ist einiges gutes dran. Trotzdem, zum Gelingen der integrativen Schule braucht es mehr als Pflaster und Verbandszeug, auch die oberflächige Röntgenaufnahme zeigen nur, wo etwas kaputt ist. Es braucht eine genaue Analyse der vielschichtigen komplexen Problematik, eine richtige Evaluation also. Aber das ED hatte da kein Interesse scheinbar, was ich sehr bedauere. Denn erstens hätten wir schon länger Massnahmen, die greifen könnten, und zweitens könnte eine funktionierende integrative Schule auch dazu führen, dass der Beruf der Lehrpersonen an Attraktivität gewinnen würde und wir müssten nicht händeringend nach Personal suchen.

Wie Sie sehen, lassen wir von der SP den Anzug aber nicht stehen. Vor zwei Jahren hatte ich hier vorne noch gesagt, ich bitte Sie, ihn stehen zu lassen, damit das ED die Möglichkeit hat, die kritischen Punkte, die wir heute im Saal erwähnen, in den Bericht einfließen können. Zählt irgendetwas, was wir hier drin monieren, kritisieren oder anregen, liebe Verwaltung? Offensichtlich nicht. In der BKK haben wir zu tun, um das Beste aus dem Gegenvorschlag herauszuholen. Daher schlage ich und die SP vor, dass wir und das ED dort unsere Energie einsetzen und ihn zwar ungern abschreiben. Erledigt ist dieser Anzug noch lange nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet in der zweiten Runde auf ein Votum. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben des Anzugs gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen

Ergebnis der Abstimmung

75 Ja, 15 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003053, 13.03.24 09:35:19]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben. Der Anzug ist erledigt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 75 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

27. Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend mehr männliche Betreuungs- und Lehrpersonen in Basler Kitas, Tagesstrukturen, Kindergärten und Primarschulen, Schreiben des RR

[13.03.24 09:35:27, 19.5424.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug als erledigt abzuschreiben.

28. Anzug Michelle Lachenmeier und Konsorten betreffend Pavillon für die Bildungslandschaft Bläsiversum, Schreiben des RR

[13.03.24 09:35:56, 19.5228.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

29. Interpellation Nr. 164 Tonja Zürcher betreffend Wissenschaftsfreiheit in Gefahr, Schriftliche Beantwortung

[13.03.24 09:36:22, 24.5009.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Tonja Zürcher (GAB): Ich möchte mich zuerst bedanken für die Antworten, die ich doch jetzt schon vor einer Weile bekommen habe, und auch für die Bestätigung der Wichtigkeit der Wissenschaftsfreiheit. Problematisch ist jedoch, dass in den Antworten betont wird, es gäbe eine scharfe Abgrenzung zwischen der Wissenschaftsfreiheit und dem, was der Regierungsrat als öffentliche Debatte bezeichnet, aber eigentlich politische und mediale Angriffe auf universitäre Fachbereiche sind.

Ich glaube, das ist juristisch richtig, dass es diese Abgrenzung gibt, in der Praxis sieht es leider ganz anders aus und das haben wir in den letzten Monaten mehrfach erleben dürfen. Wenn aufgrund des politisch medialen Drucks Gelder für eine Forschungseinrichtung wie swisspeace gestrichen werden, universitäre Institute umstrukturiert oder ganz geschlossen werden, dann ist die Wissenschaftsfreiheit direkt betroffen. Fachrichtungen, die sich kritisch mit aktuellen Machtverhältnissen auseinandersetzen, sind besonders gefährdet, unter Druck gesetzt zu werden, wenn ihre Forschung nicht dem politischen Mainstream entspricht. Umso wichtiger ist es oder wäre es, dass sich die Universitätsleitung und der Regierungsrat sich zu ihnen bekennt und ihnen Rückendeckung gibt.

In erster Linie ist da die Universitätsleitung gefordert, die sich nicht nur für wirtschaftlich lukrative, sondern auch für gesellschaftskritische Forschung und Lehre einsetzen soll. Dabei hat sie aber bei der aktuellen Kampagne gegen Urban Studies klar versagt. Das lässt sich leider nicht schönreden, wenn die Rektorin eine Behauptung eines Kampagnen-Journalisten unterstützt und damit die Angriffe auf einen Fachbereich der Universität Basel nährt, anstatt sich mit wissenschaftlichen Theorien und Methoden auseinanderzusetzen und für die Autonomie der Wissenschaft einzustehen.

Gefragt ist aber in zweiter Linie auch die Politik und hier auch klar der Regierungsrat unseres Kantons. Die Universität ist von den Kantonen finanziert, also abhängig von der Politik und damit auch von der sogenannten öffentlichen Debatte, man könnte es leider auch Hetze nennen. Die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, dass aufgrund dieser politisch medialen Kampagne Gelder gekürzt werden, wie wir spätestens seit, wie gesagt, swisspeace und Baselland wissen.

Ich zitiere: «Sehr wahrscheinlich gehen wir jetzt in Basel wieder einmal durch eine Phase, indem wir die Wissenschaftsfreiheit verteidigen müssen. Diese gibt es nicht einfach so, die müssen wir uns immer wieder erarbeiten.» Das sagte der Historiker Giorgio Miescher vor einiger Zeit gegenüber Bajour. Es ist ein Armutszeugnis für die Universitätsleitung und für unseren Regierungsrat, dass diese Aufgabe den Studierenden überlassen wird.

Ich bin deshalb nicht befriedigt mit der Antwort und erwarte vom Regierungsrat mehr Mut, sich für die wissenschaftliche Freiheit und gegen wissenschaftsfeindliche Kampagnen einzusetzen. Und vielleicht, weil jetzt der zuständige Regierungsrat nicht anwesend ist, können Sie das ihm gerne ausrichten oder vielleicht Ihrem zukünftigen Kollegen, der sich damit auseinandersetzen muss.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

30. Interpellation Nr. 14 Sasha Mazzotti betreffend Klassenzahlen auf dem Campus Bäumlihof, Drei Linden, Hirzbrunnen, Schriftliche Beantwortung

[13.03.24 09:40:18, 24.5053.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Sasha Mazzotti (SP): Ich bin natürlich nicht zufrieden. Motion Alex Ebi. Ihm wurde vorgeworfen, dass er lügt, weil er Zahlen reingebracht hat über Klassen, Klassen, die fehlen bei der Berechnung der Dreifachturnhalle, die notwendig ist. Ich habe es aufgegriffen, Conradin Cramer hat gesagt, wir würden Gerüchte in die Welt setzen. Das wollte ich nicht auf mir ruhen lassen, darum habe ich eine ganz einfache Interpellation gemacht, wo eigentlich das ED nur noch Zahlen einfügen musste. Eine kleine Hilfe, eine mathematische Hilfe, damit das Ausrechnen besser geht. Das ED musste mir recht geben, ja, sie haben tatsächlich ein ganzes Schulhaus vergessen.

Jetzt haben hier drin 80 Leute, 80 von Ihnen haben die Motion ein zweites Mal überwiesen, weil Sie die Notwendigkeit dieser Dreifachturnhalle sehen. In der Zwischenzeit habe ich erfahren, dass das egal ist, was wir hier drinnen sagen, weil, wir hatten es ja auch davon, die Motion rechtlich nicht zulässig ist und die Regierung weitermacht wie bisher. Ich hatte auch Gespräche, es geht um die graue Energie, usw. Ich möchte hier nicht an Sie appellieren, sondern vor allem an die Regierung. Die Zahlen stimmen nicht in der Beantwortung einer Motion. Motionen sind Gesetzesentwürfe oder Massnahmen und trotzdem sollen wir Vertrauen haben in die Regierung, in das Departement, die sowas Grobes, also sehr grobfahrlässig heisst das, glaube ich, und da habe ich doch einfach auch kein Vertrauen in die ganze Schulraumplanung und da bitte ich die Regierung, nochmals über die Bücher zu gehen.

Ich kann gerne dann Hand bieten, wenn im BVD, wenn Sie die Diskussion wieder mit dieser grauen Energie haben. Es geht hier um die Zukunft und Sie nutzen dieses Argument, ja, jetzt wollen ja alle, dass wir weniger, dass wir für die Klimaziele, da können wir jetzt das nicht bauen. Was soll das? Ich verstehe es nicht und ich bitte wirklich alle sechs im Moment und bald sieben Regierungsräte, wenn so ein grober Fehler passiert, dann gehen Sie nochmal über die Bücher, überlegen Sie, egal, ob es rechtlich zulässig ist oder nicht, Sie haben es in der Hand zu sagen, okay, wir haben uns geirrt, wir gehen einen Schritt zurück. Es dauert dann zwar länger, dafür haben wir für den freiwilligen Schulsport, die Tagesstrukturen und die Vereine nebst den Schulen genügend Sporthallen. Weil das ist nicht nur Alex Ebi, der das feststellt, es ist die ganze Strategie zu den Sporthallen, usw. Es ist schon lange bekannt, die Schulleitungen haben vor zwei Jahren gesagt, es wird nicht reichen, es wurde ignoriert.

Ja, so schimpfe ich, wenn ich nicht wirklich ein Blatt Papier vor mir habe mit einem Satz drauf. Esther Keller, Sie sind als einzige jetzt hier. Wir können gerne mal noch von Auge zu Auge besprechen und ich bitte Sie, das reinzutragen zu Ihren Kolleg*innen, so geht es nicht. Ich habe kein Vertrauen mehr, wenn Sie solch grobe Fehler machen, also nicht Sie, sondern das ED.

Ich bin sehr, sehr unzufrieden. Also die Beantwortung war super, ich hatte recht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

31. Bericht zu den Anpassungen und weiteren Entwicklungen im Bau und Gastgewerbeinspektorat, Bericht des RR

[13.03.24 09:44:49, 23.1773.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben.

Zuerst geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Sie haben im vergangenen Sommer die Motion Thüring uns zur Erfüllung überwiesen und wir haben das zum Anlass für eine längere Berichterstattung genommen. Sie haben das gesehen. Sie wissen, dass wir einen Personalengpass, eine Krise im 2022 hatten. Dadurch haben sich Gesuche aufgestaut, es haben sich Pendenzen angesammelt und wir mussten dann sehr rasch reagieren. Wir haben das Team stabilisiert, wir konnten auch die Pendenzen mittlerweile weitgehend abarbeiten, wir konnten die Vakanzen wieder besetzen mit Personen und wir sind da wirklich auf gutem Weg. Nichtsdestotrotz, wir müssen dranbleiben, das ist uns absolut klar.

Die Motion forderte längere Öffnungszeiten und das haben wir sehr rasch dann auch realisiert. Die Teams sind jetzt zu Bürozeiten erreichbar, die Öffnungszeiten wurden deutlich verlängert. Wir sind daran, wie in der Motion darum gebeten, die digitale Beratungsvereinbarung auszuweiten. Wir haben das bereits beim Gastgewerbebereich getestet und werden das weiter ausrollen. Mittlerweile ist auch der Online-Erfassungsassistent online. Da muss man sich darunter vorstellen, dass jemand, der ein Gesuch machen möchte, sei es Umbau oder Neubau oder etwas ganz Einfaches wie ein Reklamebegehren, der wird durch einen Assistenten durch diesen Prozess geführt, stösst da auf die nötigen Merkblätter, findet nur die Informationen, die es für dieses Gesuch auch tatsächlich braucht und das ist eine grosse Hilfe. Das wird uns auch helfen, einerseits die Qualität zu erhöhen der Gesuche und andererseits die Vollständigkeit. Weil ich glaube, das ist ein Punkt, der auch immer wieder thematisiert wird, dass es ärgerlich ist, wenn man nach einigen Wochen das ganze Dossier zurückgeschickt bekommt, weil irgendeine Angabe fehlt und der Online-Erfassungsassistent stellt sicher, dass man eben die nötigen Formulare auch tatsächlich einreicht. All das, glaube ich, wird wirklich dazu beitragen, dass die Zufriedenheit auch der Kundinnen und Kunden steigt mit dem Bau- und Gastgewerbeinspektorat. Wir bleiben dran.

Wir haben auch weitere Schritte angestossen, einerseits die Gründung des Runden Tisches, wo wir ja direkt auch mitbeteiligt im Austausch sind, wie wir die Prozesse verbessern können, wie wir auch schauen können, wo wir einige gesetzliche Anpassungen planen können. Aber auch das vollständige digitale Dossier ist am Tun, also dass es irgendwann dann mal gar kein Papier mehr braucht, und auch der politische Auftrag, dass man wirklich die Beratungstätigkeit wahrnimmt und die Spielräume nutzt. Mir ist sehr bewusst, dass wir da nach wie vor auf einem Weg sind, die neuen Leute müssen jetzt auch Zeit haben, sich einzuarbeiten.

Der Regierungsrat bittet Sie, die Motion abzuschreiben, weil die eigentlichen Anliegen, hier die Öffnungszeiten, erfüllt sind.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Für die LDP hat sich Michael Hug gemeldet.

Michael Hug (LDP): Das Bau- und Gastgewerbeinspektorat führt alle Baubewilligungsverfahren durch und ist die zentrale Koordinationsstelle. Bauen in Basel ist bekanntermassen heutzutage sehr kompliziert und dies nicht nur wegen den Wohnschutzbestimmungen. Wenige Bewilligungen, wir haben es in den Berichten letztes Jahr gelesen, werden in der gesetzlich vorgeschriebenen Frist von drei Monaten erfüllt oder gegeben.

Die LDP nimmt darum gerne zur Kenntnis, was in diesem Bericht steht, und dies liegt an verschiedenen Gründen. Grundsätzlich liegen viele Vorstösse vor, die auch eine Verbesserung der Umstände hier fordern und die zeigen auch, dass ein unbedingter Handlungsbedarf besteht. Vorhin angesprochen von Departementsvorsteherin Esther Keller, der Runde Tisch einfacher umbauen, dies soll eine Verbesserung bringen, gesetzliche Massnahmen oder Änderungsmassnahmen liegen im Raum, das finden wir grundsätzlich begrüßenswert. Wir finden es auch gut, dass die Praxis hier einbezogen wird, es ist einfach so, dass die Zeit extrem drängt.

Ich will nochmal zu Protokoll geben, dass die Bau- und Raumplanungskommission bereits im Jahr 2018 eine Motion eingereicht hat für eine Vereinfachung des Baubewilligungsverfahrens und seit dem Jahr 2018 ist man auch nicht weitergekommen, auch wenn bereits konkrete Verbesserungen gefordert wurden. Und meine Angst oder die Angst der Fraktion ist auch, dass man hier in diesem Bericht viel Gutes liest, aber die konkreten Umsetzungsmassnahmen dann wieder Ewigkeiten in Anspruch nehmen.

Die Aufhebung der Gebietszuständigkeit. Es ist sehr nachvollziehbar, wieso man das macht, man will eine Verbesserung, dass man eine dauernde Erreichbarkeit hat. Wenn jemand in den Ferien ist, der zuständig ist, dann kann das

Baubewilligungsbegehren weiter betreut werden. Aber ich habe auch kritische Stimmen gehört von Architektinnen und Architekten, die gehen dann dort zu der Behörde und sagen, ich habe in Riehen dieses Projekt und dann ist immer eine andere Person zuständig an diesem Tag und sagt, ich weiss jetzt nicht genau, ich muss mich noch kurz schlau machen, und dann ist der Effekt, den man sich verspricht, irgendwie auch wieder verpufft. Also hier muss man ein Augenmerk darauf halten, wie sich diese neue Praxis entwickelt, dass es sich nicht zum negativen wendet.

Ein weiterer Punkt, der wurde schon angesprochen, ist die Digitalisierung. Natürlich ist die gut und wichtig, wir sind aber im Vergleich zu vielen anderen Kantonen hier total im Rückstand. Wir haben immer noch Medienbrüche, eine komplette Digitalisierung ist noch nicht vorhanden und es ist auch so, dass wie in der Timeline, die versprochen wurde, hier hinterherhinken, als wir dieses Geschäft hier überwiesen haben.

Ein sehr wichtiger Punkt, der jetzt noch nicht genannt wurde, ist der Punkt 2.7, dass man in Zukunft auch Möglichkeiten schaffen will, sogenannte Ausnahmeanträge zu schaffen oder dass man das Ermessen, sage ich jetzt, mehr nutzen kann. Hier verstehe ich noch nicht, wie man das genau machen will, weil auf der anderen Seite wird auch vorausgesetzt, dass es keine öffentlichen Interessen, keine Gesetze tangiert, die bestehen. Da wird ja ein ganz kleiner Raum dann für ein Ermessen effektiv vorhanden sein und darum ist dies ein entscheidender Punkt aus der Perspektive der LDP, dass man hier genau hinschauen will und auch erwartet, dass man noch näher erläutert, wie ein solches Ermessen dann aussehen kann.

Alles in allem begrüssen wir den Bericht, nehmen ihn zur Kenntnis und möchten aber an dieser Stelle auch gleich mitteilen, dass wir die Motion von Joël Thüring stehen lassen wollen, bis alle genannten Massnahmen auch konkret umgesetzt wurden. Insbesondere die digitale Umsetzung des Baubewilligungsverfahrens soll komplett medienbruchfrei umgesetzt werden und auch die Massnahmen, die jetzt in Aussicht gestellt wurden, die müssen zuerst greifen, umgesetzt werden und erst, wenn das dann wirklich abgeschlossen ist, sind wir auch bereit, diese Motion dann abzusetzen. Aber wie wollen sie heute stehen lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die Mitte/EVP ist Franz-Xaver Leonhardt.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Ich bin ganz froh, ich habe zehn Minuten als Fraktionssprecher und auch wir haben entgegen der Kreuztabelle unsere Meinung geändert. Wir sind auch für Stehenlassen und ich möchte das kurz begründen.

Bauen ist ganz wichtig und bringt unseren Kanton voraus und wir sind der Meinung von der Fraktion EVP/Mitte, wir haben hier ein Problem und mit dem Bericht ist dieses Problem noch nicht angesprochen. Im Bericht steht, Krise, viele politische Vorstösse und das zeigt eigentlich, dass in dieser Amtsstelle etwas nicht funktioniert. Ich als Unternehmer, der verantwortlich ist, weiss, wie man ein Gastro-/Hotelbetrieb führt und ich weiss, es geht gut, wenn es gut geführt ist, und das wird von den Menschen gemacht, die die Verantwortung tragen, nämlich die Amtsleitung. In diesem Fall haben wir, es steht auch im Bericht, 30 Mitarbeitende, ich denke, das ist eine überschaubare Grösse. Wir haben hier eine Amtsleitung, ich denke, normalerweise kennt man das nicht, wie die anderen Amtsleiter von anderen in diesem Departement, die man kennt, es sind zwei Jurist*innen und das Problem bei den Jurist*innen, sie möchten es immer gesetzeskonform umsetzen.

Bauen ist keine genaue Wissenschaft, Bauen ist meistens ein dynamischer Prozess. Man plant, man errechnet die Kosten, man baut um und es kommen neue Sachen. Und in dieser Phase erwarten wir, dass dieses Departement mehr Dienstleisterin ist anstatt Kontrollorgan. Es steht nicht im Betrieb von der Leitung und ich glaube, hier ist ein wirklich grosses Problem. Ich zitiere schnell aus dem Bericht und hier steht bei 2.3.2 Betriebliche Situation: «Die strategische Ausrichtung des Amtes verdient gerade auch in Zeiten von starken personellen Veränderungen eine hohe Aufmerksamkeit. Das Bau- und Gastgewerbeinspektorat arbeitet hierfür mit einer Strategielandkarte.» Ich lese Strategielandkarte und wenn ich das lese, weiss ich, dass dieses Amt, ich habe nicht nachgefragt, von einer Beratungsfirma begleitet wird, nämlich die Beratungsfirma, die mit Strategielandkarten arbeitet.

Wenn man eine Strategielandkarte hat, die strategische Ausrichtungen macht, das ist gut, aber man muss sie auch umsetzen und die Umsetzung der Strategie liegt in der Verantwortung der Regierungsrätin mit dem Amtsleiter. Ich möchte hier auch die ganze Regierung in die Verantwortung nehmen. Amtsleiterinnen und Amtsleiter werden vom gesamten Regierungsrat gewählt. Das Wählen ist das eine, aber es ist auch das Kontrollieren, ob sie eine gute Arbeit machen. Und wenn sie keine gute Arbeit machen, und ich finde, in diesem Fall wird keine gute Arbeit gemacht, weil ich eine von diesen Amtsleiterinnen als Beizer schon Jahrzehnte, ich bin jetzt über zwei Jahrzehnte in der Rheingasse, persönlich kenne wegen den Problemen und es ist immer noch die gleiche Person, die das macht, und ich hatte damals schon genau diese juristischen Verschiedenheiten, also bitte Frau Regierungsrätin, gehen Sie hierhin, schauen Sie es gut an, es liegt an der Führung und nicht an den Leuten, die unter der Führung sind.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für das GAB ist Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (GAB): Es ist die Zeit gekommen, die Motion über kundenfreundliche Öffnungszeiten beim BGI abzuschreiben, und zwar nicht, weil wir die Motion als erfüllt erachten, sie ist es nicht, sondern weil die Weigerung des Regierungsrates, die Motion als rechtlich zulässig zu erklären, leider nicht zu ändern ist. Die Frage, wann eine Motion rechtlich unzulässig ist, werden wir leider nicht mit dem Stehenlassen dieser Motion klären. Sie nochmals stehen zu lassen, was meine Fraktion bis jetzt gemacht hat, würde ausserdem nichts an der Haltung des Regierungsrates ändern.

Ich möchte noch ein paar wichtige Bemerkungen zum Bericht, zu den Anpassungen und weiteren Entwicklungen im Bau- und Gastgewerbeinspektorat bringen. Dort, wo es zu Gesetzesänderungen und Anpassungen kommen wird, werden wir uns, wenn es so weit ist, hier im Grossen Rat äussern können. Es gibt aber Bereiche, zum Beispiel die schon erwähnte Praxis des BGI, in denen wir im Parlament uns nicht äussern werden können.

Das BGI wird gemäss Bericht neu aktiv auf die Möglichkeit hinweisen, Ausnahmegewilligungen zu beantragen. Dazu äussern wir unsere Kritik. Es wird seitens des Regierungsrates beteuert, die Ausnahme soll nicht zur Regel werden. Im gleichen Atemzug wird aber das Ziel genannt, die Ausnahmekosten solle gesteigert werden, auch wenn damit das Risiko erhöht werde, so im Bericht, im Rekurs-Fall von einer nächst höheren Instanz korrigiert zu werden. Das BGI beziehungsweise der Regierungsrat gibt also zu, rechtswidrig handeln zu wollen und nimmt einfach so in Kauf, dass allfällige rekurrierende Personen für eine höhere Instanz mit Gerichts- und Anwaltskosten zu rechnen haben, weil das BGI die Ausnahmen bewilligen wird und hiermit jeden Rekurs ablehnen würde. Ich rede hier nicht nur von Rekursen von Mieter*innen, sondern auch von Nachbarn von ausnahmsweise bewilligten Projekten, also Hauseigentümer*innen oder sonst Organisationen, die im Umweltbereich tätig sind, die, um ihr legitimes Recht zu erkämpfen, tief in die Tasche greifen müssen.

Diese neue Praxis stösst gegen die Grundprinzipien der Rechtsstaatlichkeit und ist völlig willkürlich. Wir können diese Praxis hier heute aber nicht formell ablehnen, wir können sie lediglich zur Kenntnis nehmen, was wir hier nicht wohlwollend machen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Es wurde bereits sehr vieles richtig und Gutes gesagt von meinen beiden bürgerlichen Vorrednern Franz-Xaver Leonhardt und Michael Hug, deshalb kann ich mich sehr kurzfassen. Sie haben insbesondere auch im Votum von Franz-Xaver Leonhardt gehört, wo wahrscheinlich ein Grund oder ein Hauptproblem liegt in diesem Amt. Es ist immer so, dieses Sprichwort gilt wahrscheinlich auch für das Bau- und Gastgewerbeinspektorat, der Fisch stinkt vom Kopf und hier glaube ich schon, muss man ernst nehmen, was auch Leute berichten, die ja regelmässig mit diesem Bau- und Gastgewerbeinspektorat in Kontakt sind, seien es zum Beispiel Beizer, die ein Anliegen haben, seien es aber auch Architekten, die mit diesem Amt zu tun haben, und da hört man halt einfach schon immer noch und immer wieder nicht nur sehr erfreuliches. Es ist halt bei diesem Amt, das sehr viele Kundenkontakte hat, wichtig, dass man hier auch mit einem gewissen Pragmatismus vorgehen kann und das scheint uns bei der aktuellen Situation mit der Führung dieses Amtes tatsächlich so teilweise nicht gegeben zu sein. Ich selber kann da auch nur berichten von dem, was man mir zuträgt. Ich habe das Pech oder das Glück, wie man es auch immer nennen will, dass ich nicht sehr oft direkt als Kunde mit diesem BGI zu tun habe, aber das, was ich höre, hat sich in den letzten Jahren nun wirklich nicht verbessert.

Es werden nun in diesem Bericht des Regierungsrates ja diverse Anpassungen auch mitgeteilt, die vollzogen worden sind. Ich kann nicht abschliessend beurteilen, ob jede einzelne dieser Anpassungen auch tatsächlich erfolgreich war. Ich höre, dass es nicht nur einfacher geworden ist, dass beispielsweise auch die Öffnung der Zuständigkeiten, dass jetzt quasi die Bauinspektoren nicht mehr nach Ressort oder nach Rayon zuständig sind, dann jeweils auch nicht nur positiv ankommt, dass man da dann trotzdem auch des Öfteren noch mit unterschiedlichen Ansprechpartnern zu tun hat. Hier wird zwar im Bericht erwähnt, dass dies nicht der Fall sei, wenn man mal eine Verantwortung habe, dann habe man diese das ganze Verfahren hindurch, da höre ich auch wiederum anderes. Also es scheint hier schon immer noch einen gewissen Gap zwischen dem zu geben, was uns der Regierungsrat in seinem Bericht mitteilt und wie es dann in der Praxis tatsächlich auch geschieht.

Hier sind wir als SVP-Fraktion der Meinung, muss weiter genau hingeschaut werden und diese Entwicklungen auch weiter überwacht werden und der Regierungsrat sollte aus unserer Sicht deshalb auch hier weiter an diesem Anliegen dranbleiben. Regierungsrätin Esther Keller als zuständige Departementsvorsteherin muss diese Entwicklungen auch weiter beobachten, muss allenfalls auch eingreifen, um eben diese Anregungen, aber auch diese Kritik weiter ernst zu nehmen, die wir, und Franz-Xaver Leonhardt hat diese ja heute sehr pointiert geäussert, von verschiedenen Seiten auch weiterhin regelmässig hören, sei es eben von Beizern, sei es von Architekten, sei es von Juristen, die selber dann mit diesem Amt zu tun haben. Das kann man nicht so vom Tisch wischen. Ich glaube, deshalb muss da auch weiter einen Fokus darauf gelegt werden, dass diese Probleme, die dort weiterhin herrschen aus unserer Sicht, auch behoben werden.

Und meine Motion, die Motion Thüring, die ja nun der Regierungsrat zum Abschreiben beantragt, ist hier auch ein Stück weit eine Möglichkeit, dass wir hier als Grosser Rat weiter darauf schauen. Einerseits, weil die Motion tatsächlich, das hat Patrizia Bernasconi, die dann aber zu einem anderen Schluss als der Antrag kommt, gut festgehalten, noch nicht vollständig erfüllt ist. Der Regierungsrat schreibt das ja auch selber, dass sie nicht vollständig erfüllt ist, obwohl dies der Wille des Parlamentes

ist und mehrfach ausgedrückt worden ist. Mit dieser Motion, wenn wir sie heute stehen lassen, das ist auch der Antrag meiner Fraktion, haben wir die Gelegenheit, dass der Regierungsrat hierzu auch noch einmal berichten muss und auch dann die Gelegenheit hat, zu den anderen Massnahmen uns als Parlament nochmals zu berichten, weil ja viele dieser Massnahmen nun vom Regierungsrat auch erst in Aussicht gestellt worden sind. Es wird, Michael Hug hat das ja auch erwähnt, darauf hingewiesen, dass das im Laufe der kommenden Jahre in Umsetzung ist, 2024, 2025, und deshalb scheint es eben sinnvoll zu sein, wenn wir auch mit dem Stehenlassen meiner Motion noch einmal darauf hinwirken, dass der Regierungsrat zu einem späteren Zeitpunkt uns berichten muss.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist René Brigger.

René Brigger (SP): Vorab, es wurde von allen vier Vorredner*innen sehr viel Richtiges gesagt, da kann ich mich anschliessen. Die SP-Fraktion hat das kurz diskutiert. Die SP-Fraktion stellt hier den Antrag, dass die Motion, weil erfüllt, die Öffnungszeiten sind so angepasst worden, abgeschrieben wird und wir nehmen diesen Zwischenbericht zur Kenntnis.

Jetzt aber möchte ich als Praktiker da noch einige Sachen anfügen. Es wurde einiges gesagt, auch von Franz-Xaver Leonhardt, das Bau- und Gastgewerbeinspektorat läuft, vorsichtig gesagt, höchstens suboptimal. Es wurde gesagt und im Bericht steht, dass die meisten Gesuche die Dreimonatsfrist einhalten. Früher waren es 80, 90 Prozent, heute sind es weniger. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Regierungsrätin Esther Keller, wie wird diese Dreimonatsfrist, die gesetzlich verbindlich ist, berechnet? Wenn einer ein Baugesuch einreicht, früher kam die Publikation nach der sogenannten Vorprüfung nach ein, zwei Wochen und die Frist wird erst nach Publikation gezählt. Heute, auch ein mittelschweres Baubegehren wird ein bis zwei Monate geprüft. Schon in diesen ein bis zwei Monaten werden schon die Mitberichte eingeholt, etc., aber da läuft keine Frist, erst bei der Publikation, die ein bis zwei Monate später stattfindet. Dann kommen bei mittelprächtigen Baugesuchen regelmässig sogenannte Zwischenberichte, also Rückfragen von den Architekten, usw. Wie ist das, reichen Sie ein Stockwerkeigentümerreglement ein und das und jenes und da fehlt noch was. Die kommen nicht konzentriert einmal, pro Gesuch kommen drei bis vier Zwischenberichte. In dieser Frist dieser Zwischenberichte läuft die Frist auch nicht. Wenn Sie drei bis vier Zwischenberichte machen und die Zwischenberichte sofort beantwortet werden, haben Sie eine Dauer bis zur Baubewilligung ab Baueingabe von problemlos sechs Monaten. Wenn man in sechs Monaten eine Baubewilligung hat, dann ist man gut bedient. Die Zählweise, die ist gefaked, das Gesetz macht diese Rechnung nicht. Ich bin der Ansicht, die drei Monate werden klar unter 50 Prozent erfüllt.

Es sind diverse Probleme, die Aufhebung der Rayonzuständigkeit. Ich kann das so sagen, das finde ich nicht optimal. Man wusste, in Kleinhüningen oder Rosental, usw. konnte man Herr oder Frau X ansprechen, die haben Erfahrungen, die müssen sich nicht voll einarbeiten. Man kann bei Abwesenheit eine Stellvertreterregelung machen. Und ich muss sagen, auch die Bau- und Raumplanungskommission, das hat Michael Hug gut gesagt, wir haben ja das Problem schon im Jahre 2018 erkannt und eine Kommissionsmotion eingereicht. Diese Kommissionsmotion, die ist noch nicht behandelt, die wurde zweimal an den Regierungsrat überwiesen und schlussendlich ging das an die Bau- und Raumplanungskommission zurück. Also ich will da nicht das Kommissionsgeheimnis verletzen, aber wir haben das dann bearbeitet, eine Subkommission eingesetzt, etc., wir haben zwei, drei Vorschläge gemacht, die stossen vollkommen ins Leere. Man will das nicht, die Regierung oder die Amtsleitung fühlt sich pikiert und sagt, das ist nicht unsere Sache, aber das ist ein politisch wichtiges Problem. Auch die Strategielandkarte, etc., das ist alles gut und recht, aber es funktioniert nicht. Man kann das wohl abschreiben, aber die Probleme bleiben.

Ich habe Altregierungsrat und Vorsteher des BVD Hans-Peter Wessels auf ein paar Punkte angesprochen und gesagt, Sie, kann man da nicht, und wissen Sie, was er mir geantwortet hat, macht einfach. Und das ist doch die Folge dieser langen, dieser absolut übergesetzestreu Anwendung mit allen Formalien. Die Folge ist, dass man einfach macht und das kann und soll nicht sein. Wir brauchen eine Rechtssicherheit, wir brauchen ein kundenorientiertes Bauinspektorat und wir brauchen auch ein starkes Beininspektorat. Das ist auch der Inhalt der Motion der BRK. Das Bauinspektorat sollte die Oberbaubehörde, die Leitbehörde sein, die auch allenfalls die Mitberichte der Fachstellen koordiniert und allenfalls auch übersteuert und sagt, okay, wir nehmen zur Kenntnis. Die Verkehrsabteilung sagt, da ist ein Problem und die Stadtbildkommission sagt das, die Denkmalpflege sagt das, ich weiss auch nicht, und da muss man irgendwie einen Entscheid treffen und das wird nicht gemacht. Das ist eine Kombination von Angst, aber wieso, man kann doch mal entscheiden und dann gibt es halt einen Rekurs, dann soll die Baurekurskommission entscheiden.

Da ist irgendwie in der Führung dieses zentralen Amtes in unserem Kanton der Wurm drin. Ich bin da zum Teil ratlos, wenn die Leute zu mir kommen. Heute ist es in der BaZ, ein Pizzaofen in einem bestehenden Restaurant, die brauchen Dreivierteljahre. Die hätten lieber den Pizzaofen geheim gebaut und wenn niemand das gemerkt hätte, dann wäre die neue Pizzeria beim Klingeli schon seit letztem Sommer offen. Leider haben sie sich dem unterstellt und das Resultat ist, sie können in zwei, drei Tagen eröffnen. Sie zahlen jetzt Miete, etc., aber ich verstehe das auch nicht, eine Portion gesunder Menschenverstand und die Dienstleistungsorientierung, die fehlt.

Wir können das abschreiben, wir haben noch die Motion der BRK, da müssen wir drangehen. Wir sind leider relativ belastet oder überlastet mit anderen wichtigen Geschäften, aber das muss man schon grundsätzlich angehen. Und vielleicht auch die Digitalisierung, das ist ein Thema, gut, ob das viel bewirkt, der Entscheid treffen immer noch die Personen, die Bauinspektorinnen und Bauinspektoren, und da fehlt auch - gut, man hat neue Person, das ist gut und recht, aber ich vermisste vielleicht die alten Bauinspektoren, die die Übersicht hatten. Man kann viele neue Leute einstellen, aber wenn die sich immer rückversichern müssen bei der Teamleitung, dann geht das länger und besser wird es nicht. Von daher muss ich, also weniger von der SP, ich bin ja sehr gouvernemental, aber als Praktiker sagen, da muss was gehen, Esther Keller, und nicht nur schöne Berichte. Aber wir bleiben dran.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort in der zweiten Runde an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Geschätzte Grossrätinnen und Grossräte, die jetzt auch votiert haben. Ich nehme Ihr Unbehagen sehr ernst, wir müssen aber schon sehen, es ist einiges gegangen. Nicht alles in diesem Bericht sind Ankündigungen, sondern es wurden konkrete Massnahmen getätigt. Es wurde sehr lange gefordert, die Öffnungszeiten zu verlängern, wir haben es jetzt gemacht. Das Online-Erfassungstool ist jetzt online, also es hat sich wirklich einiges getan. Die Vakanzen konnten besetzt werden, das ist angesichts des Fachkräftemangels nicht selbstverständlich. Wir haben Leute gefunden und diese neuen Leute sind jetzt unterwegs. Es ist so, wenn Leute pensioniert werden, wenn Leute kündigen und eine neue Stelle in Anspruch nehmen, dann geht Wissen weg, dann geht Erfahrung weg und das schlägt in einem Moment auf die Erfüllungsquote. Das ist so, aber ich bitte Sie, geben Sie den neuen auch die Chance anzukommen, sich einzuarbeiten und diese Erfahrungen auch zu gewinnen.

Ich darf auch nochmals auf die Relation hinweisen. Wir haben jährlich 1'500 Baubegehren. Ja, es wird immer Fälle geben, in denen Kunden nicht zufrieden sind, aber viele Baubegehren laufen gut. Die Bauinspektorinnen und Bauinspektoren, die beraten, und ich darf Sie bitten, wenn Sie Fälle hören von Architekten, von Bauherren, die Sie auf Prozesse hinweisen, die nicht stimmen oder auf Bestimmungen, wir haben eine Fallsammlung gestartet und die Fallsammlung hat zum Ziel, genau die Punkte zu finden, wo es schwierig ist. Ich bitte Sie, teilen Sie diesen Link, der ist öffentlich, die Bauherrinnen/Bauherren, die Architekten können sich melden und das ganz konkret melden und dann schauen wir das an.

Ich kann nämlich so viel berichten, ich bin mit vielen Baudirektoren aus der ganzen Schweiz in Kontakt und Sie müssen auch gar nicht so weit suchen, Sie können auch das kurz googeln, es kämpfen alle Kantone, alle Städte damit, dass Bauen komplexer wird. Wir haben jährlich neue Regulierungen im Gesetz, das erhöht die Komplexität und das erhöht auch die Schwierigkeit zu bauen. Auch da, wie gesagt, setzen wir an, wir schauen, wo wir Dinge ändern können, aber es ist nicht so einfach und deshalb war ich ganz froh auch um das Votum von Grossrätin Patrizia Bernasconi, wenn es zum Thema Ausnahmen kommt. Es ist eine Möglichkeit, aber wir müssen bei Ausnahmen immer schauen, dass sie juristisch verheben, wie wir so schön sagen. Das nützt Ihnen nichts als Bauherr, wenn Ihnen eine Ausnahme gegeben wird, die nachher vor Gericht gekippt wird. Das heisst, auch deshalb ist dieser juristische Blick auf die Dossiers auch sehr wichtig, weil die Beständigkeit, dass das auch hält vor Gericht, ist extrem wichtig für die Planungssicherheit. Wir werden Ausnahmen gezielt einsetzen, aber sicher nicht willkürlich, weil da, und da hatte Patrizia Bernasconi in ihrem Votum natürlich recht, das wäre nicht rechtens. Also Spielraum nutzen, Ausnahmen da, wo es rechtlich möglich ist, und gut beraten, aber ein Allzweckmittel ist das auch nicht.

Dann vielleicht noch zur Aufhebung der Gebietszuständigkeit. Die Idee war da, das war bisher wirklich in, ich sage jetzt mal, relativ starre Zonen aufgeteilt. Das Problem war, wenn ein Gebiet ganz viele Baugesuche hatte, dass dann dieses Gebiet überlastet war, während ein anderes Gebiet vielleicht noch Kapazität gehabt hätte. Wir haben deshalb diese Zonen aufgehoben. Wir beobachten das jetzt. Wir haben auch kritische Stimmen gehört dazu, wir beobachten das. Was wir sehen, ist, dass man heute schneller zugewiesen wird. Also tatsächlich hat sich der Arbeitsfluss verbessert, die Dossiers sind gleichmässiger verteilt. Und ganz wichtig festzuhalten, ab dem Moment, wo Sie ein Projekt eingeben, werden Sie von derselben Person betreut. Es ist nicht so, dass Sie mit einem Projekt zuerst bei Bauinspektor A und dann bei Bauinspektorin B, das wäre nicht effizient, also ab dem Moment, wo Sie ein Projekt eingeben, bleibt das bei derselben Person. Aber auch das sind wir bereit zu überprüfen, wenn wir dann gesehen haben, wie sich das niederschlägt.

Ich höre, dass Sie auch weiter möchten, dass wir berichten. Wie gesagt, der Regierungsrat ist der Meinung, dass die eigentliche Motion, die Öffnungszeiten hier erledigt ist. Sie haben andere Mittel und Möglichkeiten, um sich auch berichten zu lassen. Es gibt laufende Vorstösse, ich höre aber auch, dass einige der Fraktionen wünschen, dass hier wieder berichtet wird. Das mache ich sehr gerne, denn ich verspreche Ihnen, ich bleibe an diesem Thema dran. Ich denke, dass wir wirklich im Bereich Bauen, wie alle anderen Städte und Kantone in der Schweiz, Handlungsbedarf haben und auch Dinge wieder zu vereinfachen und wir werden natürlich, egal in welche Form, auch wieder darüber berichten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Esther Keller, nehmen Sie die Zwischenfragen von Annina von Falkenstein und Tim Cuénod an? Sie werden angenommen.

Annina von Falkenstein (LDP): Regierungsrätin Esther Keller, Sie bitten uns, den Link zur Fallsammlung zu promoten in den Kreisen, die betroffen sind. Wie macht denn das BVD das selbst? Muss man den Link finden oder wird man in den betroffenen Kreisen aktiv darauf hingewiesen, dass diese Möglichkeit besteht?

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ja, diesen Link habe ich einerseits auch selber geteilt und wir haben über die entsprechenden Fachverbände geteilt. Das ist auffindbar im Internet, sonst gerne melden.

Tim Cuénod (SP): Esther Keller, mich hätte Ihre Einschätzung zum Rückgang der Bearbeitungsdauer interessiert. Ist sie nicht in erster Linie auch auf den Rückgang der Baugesuche zurückzuführen? Wie nachhaltig ist das, was jetzt erfreulich dort erzielt werden konnte?

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich habe nicht von der Erfüllungsquote gesprochen, sondern vom Abbau der Pendenzen. Wir konnten die Pendenzen aus den letzten Jahren erfreulicherweise praktisch abarbeiten und erwarten bis Ende März da vollständig durch zu sein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Raoul Furlano möchte Ihnen noch eine Frage stellen. Sie wird angenommen.

Raoul I. Furlano (LDP): Regierungsrätin Esther Keller, das neue Tool, wo Sie sammeln, wie lange dauert das, bis man eine Antwort bekommt und bekommen alle eine Antwort?

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Der Vorteil des Tools ist, dass Sie sofort eine Fehlermeldung kriegen, wenn Sie ein Formular vergessen oder etwas nicht erfüllen und das erhöht eben die Qualität und die Vollständigkeit der Gesuche. Und ja, selbstverständlich wird das dann bearbeitet.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

Kenntnisnahme.

31.1. Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend kundenfreundliche Öffnungszeiten beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat, Bericht des RR

[13.03.24 10:20:55, 19.5512.07]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung über die Motion Joël Thüring und Konsorten.

Abstimmung

JA heisst erledigt gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen gemäss Antrag Michael Hug

Ergebnis der Abstimmung

52 Ja, 37 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003060, 13.03.24 10:21:33]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion als erledigt abzuschreiben. Die Motion ist erledigt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion abgeschrieben mit 52 Ja-Stimmen gegen 37 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen. Die Motion ist erledigt.

32. Anzug Karin Sartorius und Konsorten betreffend Veloverbindung Friedrich-Miescher-Strasse - Burgfelderstrasse, Schreiben des RR

[13.03.24 10:21:44, 21.5769.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein erstes Votum. Damit kommen wir zu den Fraktionsprechenden. Für die SP hat sich Jean-Luc Perret gemeldet.

Jean-Luc Perret (SP): Ich rede für die Fraktion der Mitte/EVP und für meine eigene Fraktion, die der SP. Bei diesem Anzug ging oder geht es einmal mehr darum, eine Veloverbindung im Basisroutennetz zu schliessen. Es scheint mir leider ein bisschen sinnbildlich. Auf einer übergeordneten Ebene mittelfristig redet man immer davon, die Situation für alle Verkehrsteilnehmenden zu verbessern. Das lesen wir auch im Fazit dieser Anzugsbeantwortung. Wenn es dann aber an die konkrete Umsetzung geht, dann klappt es in vielen Fällen aus irgendwelchen Gründen doch nicht. So kommen wir nicht vorwärts und die Situation bleibt für die Velofahrenden unbefriedigend und so motivieren wir natürlich auch keine potenziellen Velofahrerinnen und Velofahrer, auf das umweltfreundliche Verkehrsmittel umzusatteln.

Die angesprochene Verbindung befindet sich heute noch am Stadtrand zwischen dem Bürgerspital-Areal mit dem Rehab und der Burgfelderstrasse mit direkter Weiterfahrt in Richtung Bachgraben. Sie sehen das hinten. Es ist schon jetzt klar, dass in diesen Gebieten in Zukunft jede Menge Wohn- und Arbeitsfläche erschlossen wird. Entsprechend werden sich auch viele Menschen darin bewegen. Unsere Aufgabe ist es, die Verkehrsbeziehungen rechtzeitig bereitzustellen. Sie sehen auf der Karte einen Ausschnitt des Teilrichtplans. Die Stelle, wo die Veloverbindung hin sollte, ist pink eingekreist. Aktuell befindet sich weder an der Stelle der rot durchgezogenen noch an der rot gestrichelten Linie ein Veloweg. Man muss also in jedem Fall einen Umweg fahren. Die roten Linien wären das, was der Anzug wünscht.

In der Beantwortung werden Varianten für die Velofahrenden dargelegt, die aber aus unserer Sicht allesamt nicht befriedigen. Beispielsweise eine Fahrt von über einem Kilometer quer zur eigentlichen Fahrtrichtung durchs Freizeitgartenareal. Diese Verbindung ist braun eingezeichnet und ebenfalls mit einem pinken Pfeil markiert. Nur am Rande erwähnt wird die Möglichkeit einer Velorampe und sogleich als unverhältnismässig aufwendig wieder abgetan. Wir sind der Meinung, diese Rampe müsste noch ernsthafter geprüft werden, auch wenn der Aufwand dafür etwas grösser sein sollte. Das ist die orange Linie, die so halb in den Kreis hineinragt. Vor Ort sehen wir eine überwachsene Böschung. Ein Augenschein vor Ort erweckt den Eindruck, das müsste möglich sein, ohne Freizeitgärten im grossen Stil aufzuheben.

Deshalb bitte ich Sie im Namen der Mitte/EVP und der SP, den Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die Fraktion GAB ist Raffaella Hanauer.

Raffaella Hanauer (GAB): Auch wir von der GAB-Fraktion möchten diesen Vorstoss gerne stehen lassen. Ich möchte gerne auf zwei Aspekte eingehen in meinem Votum. Einerseits, wie Jean-Luc Perret schon gesagt hat, zeigt dieser Vorstoss ein Problem auf, dass wir in der Veloweg-Planung haben. Der Vorstoss betrifft eine Route, die im Teilrichtplan eingezeichnet ist und es zeigt, dass diese Vorstösse kommen, weil der Teilrichtplan nicht genügend ernst genommen wird. Und andererseits möchte ich auch auf das Veloweggesetz eingehen, wo ich denke, dass hier dieser Vorstoss auch wieder einiges an Klärungsbedarf aufzeigt.

Zuerst zum Veloweggesetz. Seit dem 1. Januar des letzten Jahres ist das nationale Veloweggesetz in Kraft und gemäss dem Veloweggesetz gibt es Planungsgrundsätze. Die Velonetz-Routen, die die Kantone planen und bis in 19 Jahren umsetzen müssen, die müssen direkt und attraktiv sein. Ich zitiere hier den Artikel 6 des Veloweggesetzes zu Planungsgrundsätzen,

dort steht, dass die Netze eine angemessene Dichte und die Velowege eine direkte Streckenführung aufweisen müssen. Wir haben vorhin die Karte gesehen, auch mit der Umleitung, die im Zickzack eine ziemlich längere Strecke bedeutet für die Velofahrenden. Die Planungsgrundsätze des nationalen Veloweggesetzes sind mit der Alternativroute, die von der Regierung vorgeschlagen wurde, nicht umgesetzt.

Ich zitiere gerne noch einen weiteren Artikel aus dem nationalen Veloweggesetz, nämlich den Artikel zur Ersatzpflicht. Wir haben gehört, dass die Verbindung, die hier gefordert wird, eigentlich schon als Netzlücke im Teilrichtplan aufgeführt ist. In Artikel 9 des Veloweggesetzes steht: Müssen in Plänen festgelegte Velowege oder Teile davon aufgehoben werden, so sorgen die zuständigen Behörden für angemessenen Ersatz durch vorhandene oder neu zu schaffende Wege. In der Botschaft des Bundesrates geht der Bundesrat auch darauf ein und klärt, dass diese Ersatzpflicht nicht nur für bereits umgesetzte Wege gilt, sondern auch für Wege, die erst geplant werden, aber in einem Richtplan vorhanden sind. Man kann die gestrichelte Linie auf der Karte daher, auch wenn sie noch nicht gebaut ist, nicht einfach ausradieren und wenn sie ersetzt wird, dann muss es ein angemessener Ersatz sein, der auch den Planungsgrundsätzen entspricht, entsprechend auch eine direkte Streckenführung aufweist.

Nun zum Teilrichtplan Velo. Die Umsetzung des Teilrichtplans Velo muss in meinen Augen mit mehr Engagement angegangen und ernster genommen werden. Das ist der x-ste Vorstoss, der in diesem Parlament eingereicht wurde und jeweils oftmals stehen gelassen wurde, der eine Verbindung des Teilrichtplans betrifft, die nicht umgesetzt wurde. Ich frage mich da ernsthaft, warum müssen wir in diesem Parlament Vorstösse einreichen, damit ein behördenverbindlicher Richtplan umgesetzt wird und warum lautet die Antwort dann danach, dass man eine Route, die eigentlich festgelegt wurde, auflösen möchte. Nun, in diesen zwei Punkten wünsche ich mir Klärung.

Ich hoffe, dass wir in der Velopolitik deutlich vorankommen. Soeben hat der Regierungsrat per Medienmitteilung den Gegenvorschlag zu der Sichere Velorouten-Initiative verschickt und da hoffe ich mir durchaus, dass wir dadurch schneller vorankommen mit durchgehenden Velowegen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die LDP ist Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Beim Versuch, dieses Votum an die SVP oder die FDP abzugeben, habe ich von beiden Parteien das Votum übernehmen dürfen. Deshalb darf ich jetzt für alle drei Parteien hier sprechen.

Das Anliegen ist politisch hängig, was der Regierungsrat im vorliegenden Traktandum erklärt, und es soll einfach etwas globaler behandelt werden mit der Gesamtprüfung der Verbindungen im Bachgraben-Gebiet für alle Verkehrsteilnehmenden und mit dem ZUBA, dem Zubringer Bachgraben. Dies begrüssen wir auch sehr, da dieses Quartier starke Verkehrsverstopfungen hat, entsprechend sollte das eben global geprüft werden und nicht partiell, wie in diesem Vorstoss jetzt betont wird. Das Vorhaben hier wäre relativ teuer mit der Rampe, die der Regierungsrat aufnimmt, und gleichzeitig wären einige Freizeigärten betroffen, was uns auch nicht optimal dient und wie schon vorher erwähnt, es ist nicht im Grundkonzept zu Ende gedacht und es bezieht nicht alle Anspruchsgruppen, die in dieser Region unterwegs sind, mit ein.

Die genannte Alternative durch das Freizeitgartenareal Milchsuppe inklusive Beleuchtung, die hier auch schon mehrfach gefordert werden musste, dünkt uns als Lösung, bis dieser mittelfristige Plan umgesetzt werden kann, genügend und entsprechend denken wir, dass hier das Abschreiben der korrekte Weg wäre. Ich bitte Sie deshalb für die SVP und die FDP, diesen Vorstoss abzuschreiben und dann später, wenn wir das Gesamtkonzept prüfen, erneut kritisch zu hinterfragen, ob so die Ansprüche des Teilrichtplans Velo, aber eben auch die der Wander- und Fusswege erfüllt sind, damit dort ein Konzept entstehen kann, das allen Anspruchsgruppen zugutekommt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Fraktions- oder Einzelvoten vor. Damit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich glaube, Sie wissen wirklich, dass dem Regierungsrat und mir persönlich auch Velo-Anliegen wirklich sehr wichtig sind. Dennoch, wir haben nicht unbeschränkt Ressourcen. Die Leute, die wir haben, auch in der Planung und der Umsetzung von Projekten, die müssen wir an den besten Orten einsetzen und der Regierungsrat ist der Meinung, dass hier ist nicht der beste Ort. Wenn Sie die Situation vor Ort kennen, wissen Sie, dass es dort doch einen erheblichen Höhenunterschied gibt, es bräuchte also doch ein ziemliches Bauwerk, das man diese direkte Verbindung herstellen kann. Das wiederum würde unserer Annahme nach auf Kosten von einigen Freizeigärten gehen und wir sehen hier wirklich den unmittelbaren Bedarf nicht.

Es gibt eine Verbindung, diese wird ausgebaut, verbessert, länger geöffnet, direkt und ohne Autoverkehr durch das Milchsuppen-Areal, das Freizeitgartenareal da, das hat die BRK entschieden und das machen wir so. Ich glaube, so gibt es

da wirklich eine gute Verbindung und es ist kein grösserer Umweg, den man dort als velofahrende Person wahrnehmen muss. Auch sollten wir doch wieder umsichtig sein mit Ressourcen, unnötige Bauwerke vermeiden. Wie gesagt, es wäre ein ziemliches Bauwerk an dieser Stelle, diesen Höhenunterschied zu überwinden und ich darf Sie deshalb bitten, sich auch zu gedulden. Wir möchten auch die Verkehrserschliessung des gesamten Gebiets anschauen, wie im Bericht ausgeführt.

Deshalb darf ich Sie bitten, jetzt diesen Anzug, der ganz konkret diese Verbindung dort über die Freizeitgärten hindurch fordert, dass Sie diesen abschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegt eine Zwischenfrage vor. Sie wird angenommen.

Raffaella Hanauer (GAB): Ich habe mich gefragt, wenn man einen Teilrichtplan festlegt und dort auch Netzlücken plant zu schliessen und diese auch im Richtplan verankert, warum schafft die Regierung es nicht, die notwendigen Personalressourcen bei der Verabschiedung dieses Richtplans zur Verfügung zu stellen und warum müssen wir dann jetzt aufgrund der Personalressourcen sagen, dass wir das nicht können?

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Dann hätte ich mich missverständlich ausgedrückt. Der Hauptgrund sind nicht die Personalressourcen, sondern dass es wirklich ein grösseres Bauwerk wäre mit grösseren Eingriffen, dass ich deshalb die Ressourcen lieber in andere, besser umsetzbare, sinnvolle Projekte einsetzen möchte.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen

Ergebnis der Abstimmung

36 Ja, 51 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003063, 13.03.24 10:34:31]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug stehen gelassen mit 51 Nein-Stimmen gegen 36 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

33. Anzug Lydia Isler-Christ und Konsorten betreffend «temporäre Genussorte» in der Freien Strasse, Schreiben des RR

[13.03.24 10:34:40, 21.5813.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Damit geht das Wort an die erste Sprecherin Lydia Isler-Christ.

Lydia Isler-Christ (LDP): Wenn man den «Chrüzlistich» anschaut, ist der Fall klar. Ich komme mir hier ein bisschen vor wie die einsame Ruferin in der Steinwüste der Freien Strasse. Ich habe den Vorstoss mit Franz-Xaver Leonhardt zusammen geschrieben, der ja vom Fach ist, was die Gastro betrifft, und das Ziel war eine Belebung der Freien Strasse. Das hätte die Freie Strasse dringend nötig. Ein paar Bäume in Blumentöpfe bringen da auch nicht wahnsinnig viel, vielleicht ein bisschen

Schatten, aber mobile Gastroangebote, dort gäbe es auch Schatten. Es wäre also wesentlich gemütlicher, dort unter einem Sonnenschirm zu sitzen mit etwas Feinem in der Hand.

Ich hätte mir darum von der Regierung ein aktives Vorgehen gewünscht mit wirklich einfacheren Bewilligungen, attraktiven Bedingungen, was erwähnt wird, ist einfach nur der Status quo, was ich wirklich bedauere. Die Fraktion der LDP ist darum für Stehenlassen, auch wenn ich weiss, wenn ich den «Chrüzlistich» anschau, dass es ziemlich chancenlos ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Franz-Xaver Leonhardt.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Ja, wie schnell gehen zwei Jahre ins Land. Als wir den Anzug zusammen geschrieben haben, war Covid noch ganz in unseren Knochen und wir hatten Saison mit Lockdown. Das ist erst vier Jahre her, am 13. März wurde es verkündet, es war Freitag um 16 Uhr, der Bundesrat hat das verkündet, ich werde das nie vergessen.

Die Freien Strasse, ich glaube, ich bin auch wie Lydia Isler-Christ nicht happy mit der Beantwortung. Es hat zwar keinen Sinn, den Anzug stehen zu lassen, sondern wir können ihn abschreiben, aber abschreiben können wir das Problem nicht. Die Freien Strasse ist unsere Haupteinkaufsstrasse. Nicht nur einkaufen ist in dieser Stadt gefragt, für uns auch mal sonntags, das ist ein anderes Thema, das können wir dann noch mit der SP mal besprechen, wie das ist. Wir in der Gastronomie arbeiten schon Jahrzehnte auch sonntags.

Die Gastronomie ist ein ganz wichtiger Punkt für eine lebendige Innenstadt und die Freien Strasse nach Ladenschluss ist einfach tote Hose und tote Hose ist einfach nicht gut für eine Innenstadt. Ich möchte Sie daran erinnern oder einfach aufzeigen, in fünf Jahren ist die Hauptpost umgebaut, ein wunderbarer Bau von Herzog & de Meuron. Das wird wieder ein Magnet in dieser Innenstadt, keine grüne Wand, sondern wirklich eine Flaniermeile dort. Es ist wunderbar und ich bin auch überzeugt, wir haben es gestern, glaube ich, gelesen, der Globus wird fertig gebaut und das wird wieder ein tolles Warenhaus. Also über den Marktplatz ein zweiter grosser Anziehungspunkt und dazwischen bräuchte es einfach mehr Gastronomie, das ist ganz wichtig.

Wir haben hier an dieser Strasse ein grundsätzliches Problem, das sind die Quadratmeterpreise dort. Ein Apple-Shop, der verkauft etwas, mit dem man mit wenig Aufwand eine Riesenrendite hat. In der Gastronomie ist es umgekehrt, wir haben Riesenaufwand mit wenig Rendite und wir können uns diese Quadratmeterpreise einfach nicht leisten. Ich appelliere an gewisse Eigentümer, in der Freien Strasse gibt es diese noch, Privateigentümer, mit 20 m² kann man schon ein super Gastrokonzept machen. Geben Sie etwas Quadratmeter in Ihren Häusern frei für eine Zwischennutzung oder Sie können dann mit dem Gastgewerbeinspektorat Formalitäten machen. Ich bin dann gespannt, wie dann das wird. Also die Freien Strasse braucht Gastronomie, schauen Sie für gute Quadratmeterpreise, es braucht wenig Fläche und dann haben wir in fünf Jahren eine Bahnhofstrasse, die in Basel Freien Strasse heisst.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet ebenfalls. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen

Ergebnis der Abstimmung

68 Ja, 20 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003065, 13.03.24 10:41:02]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für Abschreiben entschieden mit 68 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

34. Motion Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Velopasserelle vom Gundeli über die Bahngleise zum Elsässertor, Stellungnahme des RR

[13.03.24 10:41:13, 23.5452.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese zu überweisen.

Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein erstes Votum. Damit kommen wir zu den Fraktionsvoten und das Wort geht für die SVP an Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion hat diese Motion bei der Erstüberweisung unterstützt, auch ich habe die Motion damals unterschrieben. Es macht ja auch Sinn, wenn wir gewisse Ideen prüfen und insbesondere auch die Entflechtung von Verkehr, dass es kein Auspielen gibt zwischen Veloverkehr und mobilisierten Individualverkehr, macht ja grundsätzlich auch Sinn. Deshalb haben wir beispielsweise die Brücke zwischen Wolfsacker zum Schulhaus Walkeweg auch mitgetragen und werden dies auch weiterhin unterstützen.

Wenn wir jetzt aber die Antwort des Regierungsrates nach der Erstüberweisung sehen, klingt das ja schon sehr negativ. Eine derartige Brücke wäre nur mit sehr viel Aufwand und wahrscheinlich mit unverhältnismässigen Kosten realisierbar und hier sind wir der Meinung, dass es nicht hier eine Machbarkeitsstudie benötigt, welche auch teuer ist, um dann uns zu sagen in einem zweiten Schritt, dass es zu teuer ist oder nur mit einem unverhältnismässigen finanziellen Aufwand. Da sind wir der Meinung, kann man auch darauf verzichten, wenn hier gleich auch die Experten in der Verwaltung von Anfang an sagen, dass das hier eher schwierig wird und der Mehrwert wäre ja dann auch nicht so gross, weil es dann nicht so ist, dass dann keine Brücke in dieser Region mehr existiert. Dementsprechend wäre das halt einfach ein zu hoher Aufwand mit sehr wenig Ertrag und hier eine Machbarkeitsstudie, die auch teuer ist, ins Leben zu rufen, würde es nicht bringen.

Dementsprechend bitte ich Sie im Namen der SVP-Fraktion, diese Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion Mitte/EVP geht das Wort an Christoph Hochuli.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Da die SBB eine provisorische Fussgängerpassarelle von der Meret Oppenheim-Strasse über die Bahngleise zum Elsässertor baut, könnte parallel zu dieser Passarelle eine ebenfalls provisorische Velobrücke errichtet werden. Diese Idee ist nicht neu und wurde durch das BVD bereits einmal geprüft, aber leider verworfen.

Nun wollten wir mit der vorliegenden Motion erreichen, dass eine Machbarkeitsstudie erstellt wird, welche als Grundlage für die abschliessende Beurteilung dienen soll, ob der Bau einer provisorischen Velo-Passarelle umsetzbar ist. Denn sinnvoll wäre eine provisorische Velobrücke über die Bahngleise auf jeden Fall, weil während dem Neubau der Margarethenbrücke sowie dem im gleichen Zeitraum laufenden Bau des Projekts Nauentor auch auf der Peter Merian-Brücke mit erheblichen Verkehrseinschränkungen für den Langsamverkehr zu rechnen ist. Die gewünschte provisorische Velo-Querung soll deshalb so lange bestehen bleiben, bis auf der Peter Merian-Brücke und der neuen Margarethenbrücke wieder genügend Kapazitäten für den Veloverkehr bestehen.

Es hat uns gefreut, dass der Regierungsrat die Motion als Motion überwiesen haben möchte. Dies kommt ja nicht allzu oft vor. Der Regierungsrat schlägt in seiner Stellungnahme vor, dass er zuerst eine Prüfung der technischen Machbarkeit und der Verhältnismässigkeit des Aufwands und der Kosten mit externen Fachleuten durchführen will. Erst dann soll allenfalls eine Machbarkeitsstudie durchgeführt werden. Wir können uns mit diesem Vorgehen einverstanden erklären, auch wenn uns eine direkte Durchführung der Machbarkeitsstudie lieber gewesen wäre. Wir bitten aber den Regierungsrat respektive das BVD baldmöglichst mit diesen Prüfungen zu starten, denn die Zeit drängt wirklich.

Nun bitte ich Sie im Namen der Mitte/EVP-Fraktion, diese Motion nochmals als Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum auch in der zweiten Runde. Pascal Messerli hat einen Antrag auf Nichtüberweisung der Motion gestellt. Ein Antrag auf Umwandlung in Anzug wurde nicht gestellt. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

76 Ja, 13 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003067, 13.03.24 10:46:44]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 76 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

35. Interpellation Nr. 162 Daniel Albietz betreffend Ausbauschnitt Entwicklungsprogramm Nationalstrassennetz, Schriftliche Beantwortung

[13.03.24 10:46:51, 24.5007.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Mein Dank geht zunächst an die Regierung für die informative Antwort und das klare Bekenntnis zum Rheintunnel. Es ist ein Jahrhundertprojekt, wird aber die Stadt von viel Lärm und Schmutz befreien. Die Ip-Beantwortung enthält auch sehr instruktive Ausführungen zur Osttangente, die ich besonders von Verfechter*innen und Befürwortern eines Rückbaus ans Herz lege.

Wie die Regierung plausibel darlegt, wäre ein Rückbau der Osttangente ein klassisches Eigentor, denn ein solcher Rückbau ist nicht nur kostspielig, unnötig und vernichtet erhebliche Sachwerte. Wer nicht erkennt, dass der Rückbau zu einer Verlagerung des innerstädtischen Verkehrs in die Quartiere führen würde, der will das wahrscheinlich nicht sehen und hat verkehrspolitisch möglicherweise einen blinden Fleck. Nach dem Bau des Rheintunnels werden Fahrten mit Anfang oder Ziel im Kantonsgebiet wieder über die Osttangente stattfinden, über das Stadt- oder Ortsstrassennetz abgewickelt und damit werden die Wohnquartiere vom Verkehr entlastet.

Zusammenfassend, mit der materiellen Interpellationsantwort bin ich bis und mit Frage 4 sehr zufrieden. Nicht ganz glücklich bin ich mit Antwort 5. Hier hätte ich mir jetzt schon eine klarere Positionierung der Regierung für den Abstimmungskampf gewünscht, und zwar bereits jetzt. Ich hoffe, dass der Regierungsrat diesen Schritt zu gegebener Zeit noch nachholt und erkläre mich mit der Beantwortung teilweise zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

36. Interpellation Nr. 4 Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend alarmierenden Situation im Betrieb des Kasernen-Hauptbaus, Schriftliche Beantwortung

[13.03.24 10:48:52, 24.5036.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin steht bereit, um zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Ich bin zufrieden mit der Antwort, aber nicht mit der Situation. Ich bedanke mich für die Ausführungen in der Interpellationsantwort. Diese sind jedoch zum Teil derart vage im Sinne von, was machen Sie gegen die Situation, es werden Lösungen geprüft. Also ich meine, es zeigt einfach, wie schwierig die Situation ist, wie komplex auch das Konstrukt zur Bewirtschaftung dieser riesigen Anlage aufgestellt ist, wie gravierend das Fehlen einer Gastronomie im Hauptbau sich auswirkt, wie erschwerend hinzukommt, dass die Drogendealerszene, usw. sich im Kleinbasel verschiebt aufgrund verschiedener polizeilicher Massnahmen. Es ist ein, freundlich gesagt, «Chrüsümüsi», das sich nicht so ohne weiteres in Luft und Wohlgefallen auflösen wird.

Die Interpellation hat jetzt einige Anhaltspunkte geliefert, um weiter daran arbeiten zu können. Auch wir als Grossrätinnen und Grossräte können anhand der Antworten oder der Antwortlücken ungefähr abschätzen, in welche Richtung wir da weiter hinschauen müssen und den Druck aufrechterhalten müssen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

37. Interpellation Nr. 12 Heidi Mück betreffend Museumsnacht für alle, Schriftliche Beantwortung

[13.03.24 10:50:49, 24.5051.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Heidi Mück (GAB): Ich bin sehr zufrieden mit der Antwort und ich bedanke mich. Es ist nicht nur eine schriftliche Antwort eingetroffen, sondern es ist auch eine konkrete Aktion daraus resultiert, nämlich dass Begleitpersonen von Menschen mit Behinderungen, die auf Hilfe angewiesen sind, ab dem kommenden Jahr auch freien Eintritt in die Museumsnacht haben. Das war ja ein Ausreisser gegenüber dem Usus, den wir haben bei den staatlichen Museen, dort ist das schon lange der Fall, dass Begleitpersonen von Menschen mit Behinderungen gratis Eintritt haben und die Museumsnacht, die hatte das nicht. Ich selbst habe das nicht bemerkt und ich denke, das ist ein gutes Beispiel dafür, dass wir einfach solche Stolpersteine, solche Hindernisse selbst nicht bemerken und nur darauf kommen, wenn uns Betroffene darauf hinweisen. Ich denke, wir müssen hier weiterhin wach bleiben. Das ist jetzt eine kleine Massnahme, aber von den Rückmeldungen, die ich erhalten habe, hat das grosse Freude ausgelöst und deshalb bedanke ich mich ganz herzlich dafür.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

38. Interpellation Nr. 13 Fina Girard betreffend Kindertankstelle Dreirosenmatte, Schriftliche Beantwortung

[13.03.24 10:52:28, 24.5052.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Fina Girard (GAB): In meiner Interpellation habe ich den Regierungsrat gefragt, ob die Errichtung einer Kindertankstelle auf der Dreirosenmatte möglich wäre. Das nicht nur, weil ich Kindertankstellen eine gute und wichtige Sache finde, sondern auch weil in der Quartierbevölkerung ein grosses Bedürfnis besteht, die Dreirosenanlage nicht nur mit Videoüberwachung und Rangerdiensten zu sichern, sondern aktiv zu beleben und Orte der Begegnung zu schaffen, damit eben keine No-Go-Areas entstehen, sondern lebendige Treffpunkte für alle.

Der Regierungsrat hat die Idee der Kindertankstelle verworfen mit der Begründung, es bestünden bereits entsprechende ähnliche Angebote. Ja, bei der Dreirosenmatte gibt es die Freizeithalle, den Jugendtreff und das RiiBistro, alles erfolgreiche und tolle Angebote, die aber eher zu stark ausgelastet sind, als dass sie auf weitere Aufgaben warten würden. Denn eine Kindertankstelle wäre ein Angebot draussen auf der Matte, nicht nebendran und nicht innen drin. Es wäre ein Angebot mit der Zielgruppe Kinder im Vorschul- und Primarschulalter, denn die bestehenden Angebote verlangen entweder nach einer erwachsenen Begleitperson oder sind ganz auf Jugendliche ausgerichtet. Die Idee der Kindertankstelle kommt auch nicht von irgendwo her, sondern sie stammt von der Anwohnerschaft, von betroffenen Familien. Sie kennen die Angebote und Bedürfnisse rund um die Dreirosenmatte und hier liegt ganz klar das Bedürfnis vor, nicht nur auf repressive Sicherheitsmassnahmen zu setzen, sondern die Dreirosenmatte zurückzuholen für alle, damit sie wieder zu dem unbeschwerten Spiel- und Erholungsort werden kann, den sie eigentlich schon immer hätte sein sollen.

Der Regierungsrat schreibt nun, er wolle in Kürze auf Grundlage einer Auslegeordnung weitere Massnahmen beschliessen und ich erwarte, dass hier nicht nur weitere Sicherheitsmassnahmen getroffen werden, sondern in erster Linie die Bedürfnisse im Quartier abgeholt werden und Orte der Begegnung und der Belebung geschaffen werden. In diesem Sinne bin ich gespannt auf die Vorschläge der Regierung und hoffe sehr, dass die Bedürfnisse der Schulkinder rund um die Dreirosenanlage und ihrer Familien dabei mitgedacht und priorisiert werden. Ich bin daher mit der Beantwortung meiner Interpellation nicht zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

39. Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend automatisch ausgefüllte Steuererklärung, Stellungnahme des RR

[13.03.24 10:55:13, 23.5477.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich möchte Ihnen nochmal beliebt machen, uns das Geschäft als Anzug zu überweisen. Wenn Sie es als Motion überweisen, dann verlangen Sie von uns, dass wir die Vorlage so bringen, wie Sie sie möchten. Das heisst, alle Schnittstellen, die es gibt im Kanton, alle Daten müssen dann digital eingepflegt werden in die Steuererklärung. Das bedeutet, man kann da nicht mehr wählen, wir haben auch nicht mehr die Freiheit anzuschauen, macht es wirklich überall Sinn, weil wenn die Steuerverwaltung das kann, dann wird man wohl auch die heutig bestehenden Hürden abbauen müssen für andere Behörden. Es kann sein, dass es nicht überall Sinn macht, es kann auch sein, dass es dazu führt, dass wir von der Papierversion absehen müssen, dass wir dann irgendwann wirklich nur noch die digitale Version anbieten können. Ob das sinnvoll ist, mag ich jetzt heute noch bezweifeln und es besteht die Gefahr für die Steuerpflichtigen, dass sie nicht mehr die Kontrolle darüber haben. Ob dann die Steuerpflichtigen noch genau kontrollieren, ob das jetzt so korrekt ist, ob das jetzt richtig ist, das können wir dann nicht überprüfen. Es wird dann automatisiert geschehen und könnte auch zu einem gewissen Unverständnis führen.

Das, finde ich, sind Gründe, wo wir einfach froh wären, ein wenig mehr Freiheit zu haben. Das Anliegen kann ich wirklich sehr gut verstehen. Ich persönlich würde es auch sehr begrüssen, wenn das möglich wäre, wenn wir dort vorwärtsmachen, das wollen wir auch, aber es gibt gewisse Punkte, die ich auch als heikel erachte. Und da wären wir froh gewesen, ein Anzug, wir hätten das dann aber genauso pflichtbewusst gemacht, einfach mit etwas mehr Freiheit.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher für die FDP ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Ich darf auch im Namen der SVP zu Ihnen sprechen. Was ist das Ziel dieser Motion? Das Ziel der Motion ist eine Erleichterung für die Steuerpflichtigen. Der Kanton verfügt über eine Vielzahl von Daten, die er über uns hat, die er auch benötigt für seine tägliche Arbeit, das ist auch völlig richtig so. Da gibt es ganz verschiedene Beispiele. Er weiss, wie viele Kinder, dass wir haben, in welchem Alter, dass wir sind, von manchen weiss er aufgrund der eingeschickten

Lohnausweise, was wir verdienen, was die Liegenschaftswerte sind, wenn man eine Liegenschaft hat, usw. Alles Daten, die schon da sind, und alles Daten, die helfen können, die Steuererklärung einfacher auszufüllen.

Der Regierungsrat in seiner schriftlichen Antwort nennt im Wesentlichen drei Gründe, wieso dass das jetzt in dieser Form nicht möglich ist. Erstens sagt der Regierungsrat, man müsse die bundesrechtliche Zulässigkeit vertieft abklären. Man kann einen kurzen Blick in das DBG und in das StHG werfen, ich habe so spontan nichts gefunden, was dem entgegenstehen würde, weil selbstverständlich jeder Steuerpflichtiger, jede Steuerpflichtige immer noch persönlich bestätigen muss, dass die Daten, die da angegeben worden sind, die Daten, die vielleicht auch automatisch eingetragen worden sind, dass diese korrekt sind, mit der Wahrheit übereinstimmen. Also diesen Akt der Bestätigung, den braucht es selbstverständlich auch bei einer automatisierten Steuererklärung nach wie vor, also ist mir überhaupt nicht klar, weshalb das Bundesrecht dem entgegenstehen sollte. Ich meine, es gibt ja auch schon in der heutigen Steuererklärung Beispiele dafür. Je nachdem, was Sie ausfüllen, wenn Sie das ganze digital ausfüllen, werden ja Abzüge schon heute teilweise automatisiert gemacht oder es finden automatisierte Berechnungen statt und Sie müssen dann am Schluss sagen, ja, das ist richtig so, das möchte ich gerne so der Steuerverwaltung übermitteln.

Der zweite Punkt ist die Frage des Datenschutzes und dass es heute hierfür keine genügend gesetzlichen Grundlagen gäbe und dass das deshalb eher schwierig sei. Geschätzte Kollegen und Kolleginnen, genau das ist ja der Auslöser dieser Motion, dass es heute eben nicht möglich ist, weil es heute nicht im Einklang wäre mit der datenschutzrechtlichen Gesetzgebung und die Motion fordert ja gerade, dass man die Gesetzgebung so anpasst, dass das dann künftig möglich sein soll. Es erschliesst sich mir irgendwie nicht ganz, wieso dass das jetzt ein Grund gegen die Motion sein sollte. Das könnte man ja gegen jede Gesetzesänderung vorbringen, dass es ein Gesetz gibt, das dem widerspricht, und dann lassen wir die Gesetze einfach so, wie sie heute sind.

Und dann noch die Frage der der lückenhaften Daten. Ja, der Kanton verfügt heute nicht über alle Daten von uns und das ist ja auch gut so, dass der Kanton dann doch nicht ganz alles über uns weiss. Aber das kann doch kein Argument dagegen sein, diese automatisierte Steuererklärung einzufüllen. Man kann doch mit den Daten, die man bereits hat, arbeiten, die, soweit verfügbar, entsprechend einfügen und die, die man nicht hat, die muss dann halt die steuerpflichtige Person nach wie vor händisch eintragen. Ob das jetzt auf Papier oder ob das auf Computer ist, das ist doch wirklich kein Problem. Und es ist übrigens auch im Einklang mit der Digitalstrategie des Kantons. Die Strategie, die besagt, man muss nicht die perfekte Lösung dann haben am Schluss. Sie nennen das Fast Prototyping, man kann mit den Daten arbeiten, die man schon hat, und dann schauen, ob man das dann laufend erweitern kann. Wenn man zuerst wartet, bis der Kanton über alle Daten von uns verfügt, die er für die Steuererklärung benötigt, dann kommt die automatisierte Steuererklärung nie.

Und jetzt hat Regierungsrätin Tanja Soland hier noch drei neue Argumente vorgebracht vorher in ihrem Votum. Das erste neue Argument, ja, andere Behörden wollen dann Daten auch haben, wenn die Steuerverwaltung diese haben will. Ich meine, wir haben jetzt die Idee, die gesetzlichen Grundlagen mit dieser Motion zu schaffen und wenn andere Behörden dann plötzlich auch einen solchen Datenhunger bekommen sollten, dann werden wir in diesem Rahmen, im Rahmen einer Gesetzgebung darüber diskutieren müssen, ob wir das so wollen. Das hat aber mit unserem Vorstoss nichts zu tun, da werden wir jederzeit die Freiheit haben, dies zu entscheiden, ob wir das der entsprechenden Behörde so gewähren wollen oder nicht, erstens.

Dann erschliesst sich mir nicht, das war das zweite Argument, wieso dass man deswegen die Papierversion abschaffen müsste. Es ist ein Angebot an die Steuerpflichtigen. Wir bieten an, wir nutzen die Möglichkeiten der Digitalisierung, wir ermöglichen, wir bieten an, dass das künftig vorausgefüllt ist mit den Daten, die wir haben. Das ist ein Angebot, das kann man nutzen oder man nutzt es halt eben nicht und greift weiterhin auf das Papierformular zurück. Ich bin der Meinung, es wäre dann so attraktiv, dass relativ viele sich für die Onlineversion entscheiden würden, aber es spricht nichts dagegen, weiterhin eine Papierversion anzubieten.

Das dritte Argument, die Kontrolle durch die Steuerpflichtigen. Ja, es obliegt halt der Verantwortung jeder einzelnen steuerpflichtigen Person am Schluss zu schauen, ist das so korrekt, wie es jetzt ausgefüllt wurde, ob automatisiert oder manuell, das zu bestätigen und dann der Steuerverwaltung zu übermitteln. Und wenn jetzt eine steuerpflichtige Person findet, interessiert mich alles nicht, ich klicke einfach blind auf okay und schicke das dann so an die Steuerverwaltung, dann ist das halt die Verantwortung der entsprechenden Person auch mit den entsprechenden Konsequenzen, die das haben kann, wenn die entsprechenden Angaben falsch wären. Also wir werden nie die Steuerpflichten ganz von ihrer Verantwortung als steuerpflichtige Bürgerinnen und Bürger befreien können, aber das kann kein Argument gegen diese Motion sein.

Ich bin überzeugt, die Digitalisierung der Steuererklärung wäre wirklich ein grosser Schritt im Dienste der Bevölkerung und würde vieles auch erleichtern. Wir wissen alle, wie schwer wir uns teilweise tun, die Steuererklärung auszufüllen, wie viele von uns das auch ausschieben. Reminder, bis Ende Monat hat man noch Zeit, die Steuererklärung auszufüllen. Ich weiss nicht, wie viele von Ihnen zu denen gehören, die das noch vor sich hinschieben. Da gibt es solche, die machen das schnell, solche, die verlängern auch noch ein paar Mal, aber das wäre, da bin ich fest davon überzeugt, ein Weg, um der Bevölkerung in unserem Kanton das Leben einfacher zu machen.

Ich bitte Sie, an der Motion festzuhalten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Die SP-Fraktion stellt sich nicht gegen den Inhalt und die Intention dieser Motion. Im Gegenteil, wir unterstützen den Vorstoss, dass eine vorausgefüllte respektive automatisch ausgefüllte Steuererklärung möglich sein sollte. Es hat mich persönlich auch gefreut, dass in der Stellungnahme steht, dass die automatisch ausgefüllte Steuererklärung ein Pilotprojekt innerhalb der Datenstrategie sein könnte. Das hat tatsächlich etwas visionäres und es freut, wenn die Verwaltung mitziehen will.

Weil aber, wie die Regierung ja in der Antwort oder im Text festhält, die Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfes gar nicht realisierbar ist, unterstützen wir den Vorschlag als Anzug zu überweisen. Gemäss «Chrüzlistich» wird der Vorstoss aber sowieso als Motion überwiesen und deshalb möchte ich hier einfach festhalten, ich oder wir hoffen, dass die Einhaltung des Datenschutzes auch weiterhin, also bei der Umsetzung auf jeden Fall gewährleistet werden kann oder dass eine entsprechend synonyme Lösung gefunden wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen aus den Fraktionen vor. Damit kommen wir zu den Einzelsprechenden und hier hat sich Eric Weber gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Wir reden zum Thema Steuern. Wenn Sie die Zeitungen verfolgen, dann wissen Sie, dass sehr viele Leute mit den Steuern unzufrieden sind. Wir hatten den Fall mit der Steuerverwaltung Basel, wo Pulver anonym in den Briefkasten eingeworfen wurde. Die Probleme, die wir hier diskutieren, liegen tiefer. Es geht gar nicht um die automatisch ausgefüllte Steuererklärung, es geht allgemein um Probleme bei den Steuern. Sie haben im November mitbekommen, und das geht in diese Sache hier hinein, die Steuerverwaltung hatte ein Computerproblem, 50'000 Steuerzahler haben keine Unterlagen bekommen. Man muss schon sagen, wenn man in der Basler Zeitung und in 20 Minuten liest, dass 50'000 Steuerzahler, das wären 500-mal so viele Grossräte, wie wir haben, die Unterlagen nicht bekommen, finde ich das schon bedenklich. Dann soll die Steuerverwaltung erstmal die Computerprobleme richtig lösen.

Ich muss natürlich sagen, denken Sie einmal an die alten Leute über 70, über 80, die haben kein Handy, die können nicht am Handy die Steuererklärung machen, die haben auch keine Computer. Hier werden mit dem elektronischen Online die alten Leute einfach vergessen und darum muss ich sagen, ich möchte auch weiterhin das Papierformat der Steuern bekommen.

Ich werde zu diesem Thema eine schriftliche Anfrage stellen und da werde ich mal fragen, liebe Steuerverwaltung, ihr sagt ja immer, wir sollen dann und dann die Steuern abgeben, aber im umgekehrten Sinn kriegen wir keine Antwort von der Steuerverwaltung. Nehmen wir mal mein Beispiel. Ich habe ein Einkommen als Grossrat, ich habe das im Sommer 2023 angegeben. Ich warte heute noch Ostern 2024 auf die Veranlagung der Steuer. Da kommt einfach nichts. Ich habe schon dreimal geschrieben, Briefe eingeworfen und will wissen, wann bekomme ich endlich Antwort der Steuer.

Luca Urgese hat gesagt, Datenschutz genau, Datenschutz ist ganz wichtig. Stellen Sie sich einmal vor, wenn nur noch alles elektronisch geht bei der Steuerverwaltung und ein Hacker, und wir haben viele Hacker und die kommen von verschiedenen Ländern, stellen Sie sich einmal vor, ein Hacker dringt da bei der Steuerverwaltung ein und dann hat er die ganzen Steuerdaten von allen und dann wird das publiziert. Die freuen sich und publizieren das gerne und da ist eine grosse Gefahr, wenn die Steuerverwaltung selbst nicht einmal richtige Steuerbescheide verschicken kann und Computerprobleme hat. Ich habe das jeden Tag gelesen über Wochen hinweg und viele Leute hat das getroffen, die in Basel-Stadt wohnen. Das ist für mich ein Problem und dann muss ich sagen, ist der Datenschutz nicht gewährleistet, wenn die Steuerverwaltung zuerst einmal vor der eigenen Haustüre wischen muss.

Es fehlt auch klar die Fristverlängerung, die gibt es nicht mehr. Das sind solche Sachen, dann soll doch einmal die Steuerverwaltung sagen, wir geben diesen alten Leuten eine Schulung, dann bieten Sie doch eine Schulung an.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet auf ein Votum. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

34 Ja, 56 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003073, 13.03.24 11:12:10]

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Motion entschieden mit 56 Nein-Stimmen gegenüber 34 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung. Da es keinen anderen Antrag gibt, ist die Motion damit als Motion überwiesen.

40. Interpellation Nr. 11 Tonja Zürcher betreffend Flughafenausbau verhindert Klimagerechtigkeit, Schriftliche Beantwortung

[13.03.24 11:12:28, 24.5050.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Tonja Zürcher (GAB): Zu den Antworten. Ich bin positiv überrascht, dass der Regierungsrat in den Antworten klar festhält, dass eine Reduktion des Flugverkehrs notwendig ist und dass sich die durch den Regierungsrat gewählten Mitglieder im Flughafen-Verwaltungsrat für diese Zielsetzung einsetzen. Das ist sehr positiv und würde eine grundlegende Änderung bedeuten. Leider lassen die weiteren Antworten in dieser Interpellationsbeantwortung ein bisschen daran zweifeln, allen voran die sehr beschönigende Zahl zu den CO₂-Emissionen vom Flughafen. Interessant, ich habe danach gefragt, für welche CO₂- oder Klimaemissionen der Flughafen verantwortlich ist und die Antwort, die genannte Zahl ist die CO₂-Emission auf dem Areal des Flughafens. Also es ist natürlich nicht die Antwort auf die Frage, der Flugverkehr verursacht ja nicht nur am Flughafen selber Emissionen, ich glaube, es ist allen klar, sondern vor allem in der Luft nachher. Die Antwort, 87'000 Tonnen seien es, in der Realität sind es wohl eher ein bis zwei Millionen Tonnen, die der Flughafen verursacht. Das ist eine Schätzung anhand der Passagierzahlen und myclimate. Ich wäre sehr froh, es gäbe hier genauere Zahlen und genau das wollte ich vom Regierungsrat wissen.

Der Flughafen verfolgt entgegen dem, was der Regierungsrat sagt und sich anscheinend unsere Verwaltungsratsmitglieder dafür einsetzen, eine klare Wachstumsstrategie. Es sollen mehr Passagier*innen starten, es werden neue Destinationen aufgenommen, auch solche, die immer weiter weg sind, und der Terminal wird ausgebaut, damit auch die Kapazitätsengpässe während der Spitzenzeiten nicht mehr vorhanden sind, was wiederum ein weiteres Wachstum ermöglicht.

Kurz zusammengefasst, in der Theorie super, in der Praxis mangelhaft, im Fazit gibt das ein teilweise befriedigt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

41. Interpellation Nr. 3 Eric Weber betreffend Sicherheit bei Parlaments-Sitzungen, Schriftliche Beantwortung

[13.03.24 11:15:21, 24.5026.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich meine es wirklich ehrlich, lesen Sie das durch. Ich habe jetzt das letzte Wort und ich finde es gar nicht lustig. Ich bin mit der Antwort der Regierung nicht zufrieden. Ich staune jeden Tag, was ich hier lese zur Sicherheit im Parlament und im Rathaus und ich möchte an Ihr Gewissen appellieren. Meine Fragen wurden nicht beantwortet. Die Regierung sagt ein Satz: Es besteht kein Grund zur Sorge. Aber doch, es besteht Grund zur Sorge, es stand ja in der Basler Zeitung und in der Basellandschaftlichen Zeitung, ein Terroranschlag ist möglich im Rathaus und die Redner hier von der Regierung haben wortwörtlich gesagt: Die Redner im Rathaus sagten, dass man nach der Veranstaltung im Rathaus schnell nach Hause soll und nicht im Rathaushof oder vor dem Rathaus stehen bleiben soll. Es könnte ein Terroranschlag passieren.

Ich war zufälligerweise an diesem Tag hier, ich war an dieser Diskussion zum Thema Religionen nicht anwesend, aber ich habe zehn Männer mit Maschinenpistolen vor dem Parlament gesehen und ich bin erschrocken. Darum habe ich der Regierung gesagt: Es fällt auf, wenn es um eine Veranstaltung der Regierung geht, dann ist immer sehr, sehr viel Sicherheitspersonal vorhanden. Handelt es sich aber um «normale» Parlamentssitzungen, dann ist keine Polizei vor Ort. Obwohl seit Anfang November 2023 vor jeder Parlamentssitzung am Morgen, am Nachmittag und am Abend Demonstranten ständig vor dem Rathaus stehen.

Und das sind natürlich Sachen, die zu denken geben. Es geht um Sie, es geht hier nicht nur um mich, aber ich finde, das ist einfach zu wenig.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist nicht zufrieden mit der Antwort. Die Interpellation ist erledigt.

Damit sind wir am Ende der Traktandenliste angelangt und ich beende die Sitzung. Ich danke Ihnen für die speditive Arbeit.

Schluss der 7. Sitzung

11:18 Uhr